



Impulse für eine gute Politik

Mai - Juni 2024

Endbericht

Wien, September 2024



ERSTE
Stiftung

Dieses Projekt wurde von der ERSTE Stiftung unterstützt.

Zu Beginn

Die Initiative „MEHR GRIPS“ will Impulse für eine gute Politik geben. „Gute Politik“ heißt für uns:

- Stärkere Konzentration auf die entscheidenden Zukunftsfragen
- mit mehr Sachlichkeit und Kompetenz
- in einem gemeinsamen, konstruktiven Diskurs

Diese Grundsätze wenden wir selbst in der Bearbeitung von vier Themenfeldern an, die für die Zukunft Österreichs von großer Bedeutung sind.

- Ökologische Transformation
- Bildung
- Digitale Transformation
- Soziale Stabilität in der Gesellschaft

Zu jedem Themenfeld erarbeitet eine Gruppe von Expertinnen und Experten ein Konzept. Dieses Konzept besteht aus

- einem positiven Zukunftsbild „Wo könnte Österreich 2032 in diesem Thema stehen?“
- und einer Liste von Maßnahmen „Was müssen wir in den nächsten 12 Monaten tun oder angehen, um uns gut auf den Weg auf dieses Zukunftsbild hin zu machen?“.

Der Entwurf dieser vier Konzepte wird mit der gesamten Community von „MEHR GRIPS“ geteilt, kommentiert und von der verantwortlichen Themengruppe finalisiert.



(c) Katharina Schiffli

Die Mitglieder beim Medienauftakt im Complexity Science Hub



Inhaltsverzeichnis

3	Zu Beginn
6	Unsere Grundsätze
7	Themenfelder
8	Ökologische Transformation
17	Bildung
27	Digitale Transformation
41	Soziale Stabilität in der Gesellschaft
54	Der Prozess
55	Der Prozess im Blick
56	Impressionen
57	Mitglieder
58	Stimmen zu MEHR GRIPS
59	Mitglieder über MEHR GRIPS
62	Impressum

Unsere Grundsätze

- Wir sind überparteilich.
- Wir schätzen unterschiedliche Perspektiven und den konstruktiven, wertschätzenden Diskurs.
- Wir arbeiten fakten- und evidenzbasiert.
- Wir sind lösungsorientiert und arbeiten an einer guten Zukunft.
- Wir konzentrieren uns auf die wichtigen Themen für Österreich.
- Wir denken ganzheitlich und systemisch.

Auf Basis dieser Grundsätze haben wir in vier Themenfeldern den „common ground“, den Raum für Konsens und Kompromiss ausgelotet und konkrete Vorschläge erarbeitet.

Zielbild

Das Zielbild beschreibt einen Blick aus der Zukunft. Wo könnte Österreich 2032 stehen, wenn wir es in diesem Themenfeld jetzt „besser“ machen...



Ökologische Transformation - DIE Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts

Die ökologische Transformation ist wohl die komplexeste Herausforderung, vor der wir heute stehen. Sie ist komplex, weil sie

- **vielschichtig** ist – sie umfasst massiv biologische, technische, aber auch wirtschaftliche und soziale Aspekte und deren Wechselwirkungen und noch viel mehr...
- **dynamisch** ist – wir betreten immer wieder Neuland, wir wissen vieles noch nicht, die Perspektiven, die Probleme aber auch die Erkenntnisse und Möglichkeiten entwickeln sich ständig weiter
- **global** ist – nur wenige Aspekte lassen sich punktuell oder nationalstaatlich lösen, aber die Konsequenzen eines globalen Nicht-Handelns wären fatal.

Für ein kleines Land wie Österreich stellen sich drei zentrale Handlungsfelder:

- Wir müssen unsere **eigenen „Hausaufgaben“**- wie z.B. die Energie- und die Mobilitätswende gut erledigen, und zwar effizient, konsequent und klug, um Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern.
- Wir müssen auf europäischer Ebene versuchen, **zu Lösungen beizutragen, die über Österreich hinauswirken**. Z.B. innovative Technologien und Produkte entwickeln oder Vorgehensweisen und Modelle der Transformation gesellschaftlich erproben.
- Wir müssen internationale **Allianzen bilden** und stärken, die wichtige große Projekte in Gang bringen – z.B. leistungsfähige europäische Schienen-, Strom- und Datennetze.

Diese Herausforderungen sind tatsächlich gewaltig, und man könnte den Mut und die Zuversicht verlieren sich ihnen zu stellen. Aber wir sollten auch sehen, dass wir noch nie in der Geschichte der Menschheit so mächtige Mittel und Werkzeuge zur Verfügung hatten, soviel Wissen, so umfangreiche Kommunikationsmöglichkeiten wie heute. Die Frage ist, ob wir all das wirksam und vernünftig einsetzen werden. Der kritische Erfolgsfaktor für das Gelingen der ökologischen Transformation sind wir selbst.

Ökologische Transformation 2032 – wo Österreich stehen könnte...

Die letzten Jahrzehnte waren von Diskussionen zur ökologischen Transformation geprägt, die eher punktuell geführt wurden. Mal ging es um Gasheizungen oder um Tempolimits und dann um den Fleischkonsum. Mal gab es eine Initiative eines Ministeriums, dann von einem anderen oder einem dritten Player. Mitte der 20er Jahre hat sich das entscheidend geändert. Die österreichische Politik, aber auch die großen Interessensvertretungen, Unternehmen und Organisationen haben die umfassende **Notwendigkeit einer gesamtheitlichen Transformation außer Streit** gestellt und Konsens darüber gefunden, dass diese nationale Kraftanstrengung einerseits ein **attraktives, gut vermittelbares Zielbild** braucht und einen **gesamthaften, integrierten Plan für die Umsetzung**.

Man hat die entsprechenden Strukturen geschaffen, um diesen **Transformationsplan** hochrangig und mit viel Kompetenz zu erarbeiten und auch ständig zu überprüfen und regelmäßig anzupassen und gemeinsam mit den europäischen Partnern weiterzuentwickeln. Das Thema ist als **Querschnittsverantwortung über alle Ressorts direkt bei der Regierungschefin** angesiedelt, mit einer ausgeprägten Berichtspflicht zum Parlament und zur Öffentlichkeit. Die Gesellschaft ist eingebunden und engagiert. Einige Punkte haben sich auf diesem Weg als besonders relevant herausgestellt:

Infrastruktur hat Priorität! Viele Maßnahmen im Rahmen einer gelingenden ökologischen Transformation setzten massive Veränderungen und rechtzeitige Neu- oder Ausbauten in großen Infrastrukturen voraus. Das gilt für den Ausbau erneuerbarer Energien, des öffentlichen Verkehrs, der Stromnetze, leistungsfähiger internationaler Bahnnetze, der Datennetze und der Versorgung mit Wärme oder Wasserstoff. Belastbare Netze sind z.B. das Fundament der Energie- oder der Mobilitätswende. Und sie brauchen aufgrund ihrer Größe und Komplexität langfristige

Planungshorizonte, sie erfordern hohe Investitionen und benötigen eine kluge Governance. Eine hochintegrierte und dynamische Planung der Infrastruktur ist deshalb Kernstück des österreichischen Transformationsplanes, der wiederum Teil eines europäischen Transformationsplanes sein muss.

Zentrale Investitionsvorhaben – insbesondere auch in die Infrastruktur – wurden durch mehr qualifiziertes Personal und strategische Prüfungen in der **Genehmigung viel effizienter**.

Österreich ist erfolgreich dabei die **ökologische Transformation als Innovationschance** für die heimische Wirtschaft zu nutzen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit hat sich verbessert, auch weil die Unterstützung von Forschung und Entwicklung, aber vor allem die Förderung und Erleichterung bei der Umsetzung von neuen Ideen in innovative Geschäftsmodelle zu einer Schlüsselaufgabe der öffentlichen Hand geworden ist. Der Staat versucht die Rahmenbedingungen – z.B. Steuern und Abgaben oder Regulatorik – so zu gestalten, dass ein **ökologisch wünschenswertes Verhalten** auf allen Ebenen vom Großkonzern bis zum privaten Haushalt sinnvoll wird und **sich „rechnet“**. Dabei kommen nicht nur CO₂-Steuern zum Einsatz, sondern auch Subventionen sowie kluge Regulierung. Auch der Staat selbst ist im Rahmen der öffentlichen Beschaffung zu einem Treiber des Wandels geworden und schafft aktiv funktionierende Märkte für grüne Produkte. Der Staat schafft es immer besser die **Innovationskraft und Dynamik der Märkte** auf die Transformationsziele auszurichten.

Die Politik ist sich einig, dass die ökologische Transformation den Einsatz gewaltiger **finanzielle Mittel des Staates und der Unternehmen** braucht, die nur mit Hilfe einer florierenden, zukunftsfähigen Wirtschaft sozial verträglich aufgebracht werden können. Die Attraktivität des

Wirtschaftsstandortes ist deshalb genauso ein zentrales Ziel wie unterstützende Maßnahmen für jene Teile der Bevölkerung, die von den notwendigen finanziellen Aufwendungen für den Umbau besonders betroffen sind.

Florierende Wirtschaft und soziale Solidarität sind zwei Säulen der Umsetzung der Transformation.

In den praktischen Handlungsfeldern hat Österreich mittlerweile in einigen Bereichen gute Fortschritte erzielt. Dazu einige Beispiele:

- Das Ziel von bilanziell 100% Strom aus erneuerbaren Energien bis 2030 wurde übertroffen. Dabei war wichtig, dass die weitere **Elektrifizierung vieler Bereiche** entschieden vorangetrieben wurde und Österreich mit seinen spezifischen Stärken eine **wichtige Rolle im europäischen Verbundnetz** übernommen hat.
- Gebäude werden konsequent saniert und „klimafit“ gemacht. Es gibt einen klaren Ausstiegspfad aus fossilen Energien in der Raumwärme.
- Zentral war, dass es im Rahmen dieser schon weit fortgeschrittenen „Energiewende“ gelungen ist, die **Preise für Energie dauerhaft** auf konkurrenzfähigem Niveau zu halten. Ein Grund, warum z.B. eine Reihe internationaler Unternehmen ihre Aktivitäten in Österreich ausgebaut haben.
- Der gesamthafte **„Mobilitätsmasterplan“** als wichtiger Teil des Transformationsplanes wird seit einigen Jahren konzentriert verfolgt und weiterentwickelt. Die meisten Menschen in Österreich können mittlerweile auf sehr effiziente öffentliche Mobilitätsangebote vertrauen und steigen um. Österreich führt hier insbesondere in Allianz mit anderen Ländern einige wichtige Initiativen auf **europäischer** Ebene mit an.
- Das Thema des **Bodenverbrauches und der Flächenversiegelung** ist nach heftigen Diskussionen – insbesondere innerhalb der föderalen Strukturen – zu einer guten Lösung gekommen. Der Flächenverbrauch nimmt stetig ab, eine Obergrenze wird nicht überschritten, wobei notwendige Investitionen und Neubauten weiterhin möglich sind. Andererseits führen **Entsiegelungen und Re-naturierungen** zu einem wachsenden Anteil der vitalen Flächen im Land. Dazu gehören auch eine klima- und biodiversitätsfördernde Landnutzung, sowie gezielte und sinnvolle Schutzzonen für die **Biodiversität**.
- **Kreislaufwirtschaft** wird immer mehr zu einem selbstverständlichen Grundprinzip des täglichen Lebens und der Wirtschaft. Einwegprodukte werden entsprechend besteuert, Rohstoffkreisläufe zunehmend geschlossen. Recycling und „urban Mining“ sind zu dynamischen Wirtschaftszweigen geworden.
- Die **Maßnahmen** zur Klimaanpassung rücken seit einigen Jahren immer mehr in den Fokus. Das reicht von Maßnahmen gegen überhitzte Wohnungen für besonders betroffene Gruppen, über die Gestaltung und Begrünung urbaner Räume bis in die Umstellungen in der Land- und Forstwirtschaft, dem Wassermanagement oder dem Tourismus.

Insgesamt hat sich hinsichtlich der ökologischen Transformation ein grundsätzlich **zuversichtliches Zukunftsbild** durchgesetzt. Auf dieser Basis ist auch die Bereitschaft großer Teile der Gesellschaft deutlich gestiegen, Veränderungen mitzutragen. Auch, oder gerade dann, wenn sie persönlich im ersten Moment fordernd sind. Die Überzeugung, dass wir damit eine **bessere und lebenswerte Welt für uns und die nachfolgenden Generationen** bauen, lohnt die Anstrengung.

Maßnahmen

Die Maßnahmen beschreiben, was wir jetzt konkret tun müssen, um einen guten Weg auf das Zielbild hin einzuschlagen...

Dringende Maßnahmen für die nächsten 12 Monate

Was müssen wir tun? Was müssen wir jedenfalls angehen?

Grundlegende Weichenstellungen für die Transformation

- **Notwendigkeit der ökologischen Transformation außer Streit** stellen; Schulterchluss der wichtigen Akteure im Land; positives Zukunftsbild entwickeln.
- Strukturelle Voraussetzungen für einen **gesamthaften österreichischen Plan** zur ökologischen Transformation schaffen, den Plan erstellen und die Gesellschaft breit mitnehmen.
- Einrichtung einer Ministerien-übergreifenden, mit entsprechenden Kompetenzen ausgestatteten **Koordinationsstelle** zur Umsetzung und Monitoring.
- **Technologieoffen** in der Forschung, aber in der Anwendung mutig und verlässlich **Klarheit für sinnvolle Einsatzgebiete schaffen** (z.B. Wasserstoff und E-Fuels für Industrie, Wärmepumpe und Fernwärme für private Haushalte)

Priorität für den Ausbau von Netzinfrasturktur

- Beteiligung des Staates bei Netzwerkinfrasturktur als „öffentliches Eigentum“; Netzwerkinfrasturkturkomponenten im Strompreis steuerfrei und abgabefrei stellen;
- Österreichischen **Netzinfrasturktur-Plan** für leitungsgebundene Energie analog zum Zielnetzplan 2025 der Bahn weiterentwickeln (u.a. Trassenkorridore) und so fit für strategische **UVP machen**. Priorität für den koordinierten Ausbau von Infrastruktur.

Beschleunigung von Genehmigungen und Verfahren

- **„Strategische Umweltprüfung“** etablieren. Rahmengenutzungen für strategisch

notwendige Maßnahmen (z.B. im Rahmen des Ausbaues von Netzen, erneuerbaren Energien und öffentlichem Verkehr) um beschleunigte und vereinfachte Genehmigungsverfahren zu ermöglichen. Mehr qualifiziertes Personal auf Landesebene bei Behörden und Amtssachverständigen. Bundesweite Zuständigkeit bei großen strategischen Infrastrukturprojekten.

- **„Amtssachverständigenpool“** auf Bundesebene in ausgewählten, kritischen Bereichen zur Beseitigung des Engpasses von Sachverständigen in Genehmigungsverfahren auf allen Ebenen.

Dekarbonisierung & Energiewende intelligent weitertreiben

- Im Rahmen der österreichischen und europäischen Klimaziele sowie der bestehenden bzw. geplanten ETS-Strukturen entwickeln von **sektorspezifischen** Korridoren als Grundlage für Steuerung und Monitoring der nationalen Emissionen. Gemeinsame Verantwortung zur Erreichung der Klimaneutralität über alle Quellen und Erstellung eines entsprechenden Maßnahmenprogrammes. Gesellschaft über Pläne und Maßnahmen regelmäßig informieren und Akzeptanz herstellen.
- Periodisches (jährliches) **Monitoring der Gesamtzieleerreichung** und der Pfad einhaltung auf dem Weg dorthin. Verpflichtende (gesetzliche) **Korrekturmaßnahmen bei Abweichungen**.
- **Erneuerbare Energien rigoros ausbauen** und **Bürgerinnen und Unternehmen** über Energiegemeinschaften beteiligen und **profitieren** lassen. Alle werden Teil der Energiewende.
- **CO₂-Preis:** Mehreinnahmen primär gezielt in die Dekarbonisierung investieren und sozial gestalteter Klimabonus.

- **Merit-Order reformieren**, um konkurrenzfähige Energiepreise sicherzustellen – z.B. fossile Stromerzeugung in Engpass Management transferieren, Entkoppelung vom Börsenhandel bei extremen Ausschlägen; Merit-Order Systeme auf europäischer Ebene trennen für fossilen Strom, nuklearen Strom und erneuerbaren Strom.
- **Wohnraum zukunftsfit machen**: Plan für den Ausstieg aus Öl und Gas in der Raumwärme erstellen; Anreize für Sanierungen setzen, Leerstand beleben; Konzept der „Warmmiete“ forcieren.

Mobilitätswende gesamthaft denken und beschleunigen

- Umsetzung des **gesamthaften Mobilitäts-masterplanes** mit Abstimmung der verschiedenen Mobilitätssysteme.
- Ausbau des **öffentlichen Verkehrs** vorantreiben und Mobilitätslösungen für „**die letzte Meile**“ schaffen. Rad- und Fußwegeninfrastruktur ausbauen.
- Einführung eines **verbrauchsorientierten digitalen „Roadpricing“**; Güterverkehr stärker auf die Schiene verlagern; entsprechende Initiativen im europäischen Beihilfenrecht starten.
- Unterinvestition bei Schienen Infrastruktur im grenznahen Bereich durch EU-finanzierte Projekte angehen.
- Abbau von **kontraproduktiven Subventionen** im Mobilitätsbereich (Dieselprivileg, Ökologisierung der Pendlerpauschale, steuerfreies Flugbenzin im europäischen Kontext)
- Europäische Initiative: echte gesellschaftliche Gesamtkosten der verschiedenen Verkehrsträger schrittweise fair einpreisen durch Einbeziehung des Verkehrs in die CO₂-Bepreisung. (Level playing field).

Forschung, Technologie und Innovation (FTI) als Transformations-Beschleuniger

- Weitere Stärkung der **Förderung für die Entwicklung von Technologien** der ökologischen Transformation.
- Konzentration auf die gezielte Unterstützung bei der Umsetzung von **innovativen sowie nachhaltigen Geschäftsmodellen** und die Überführung von Forschungsergebnissen in die Anwendung durch spezifische Ausschreibungen für **Demonstrations- und Pilotaktivitäten**.
- **Öffentliche Beschaffungsvolumen als Hebel** für Innovationen nutzen und so speziell Start-ups und KMUs fördern. **Verbindliche Zielvorgaben**: z.B. von derzeit ca. 70 Milliarden Beschaffungsvolumen muss bei 20% Innovation bzw. Nachhaltigkeit Kriterium sein – jährlich um 5% steigern.
- **Grüne Leitmärkte** entwickeln, indem für verschiedene Produkte über die Zeit **ansteigende Mindestanteile grüner Inputs vorgeschrieben** werden (z.B. Anteil von grünem Stahl in PKWs oder Bauvorhaben). So entstehen wettbewerbliche Märkte für grüne Inputs ohne Subventionen, Klimazölle oder Verbote.

Boden, Landwirtschaft, Biodiversität

- Reform und Ausbau der „**Bodenwertabgabe**“ zur Steuerung des Bodenverbrauches speziell in kritischen Bereichen (Bemessung am Verkehrswert). Einführung der Vergütung für „negative Emissionen“ z.B. bei Entsiegelung.
- Festlegung von verbindlichen **Grenz- und Zielwerten für Ver- und Entsiegelung**.
- **Klima- und biodiversitätsschonende Landnutzung forcieren. Treibhausgase aus Land- und Forstwirtschaft reduzieren** und bewirtschaften; Aufbau von Senken fördern,

ökologisch intakte Kulturlandschaften sichern.

- **Mutige Renaturierung.** z.B. Flüssen wieder Raum geben, Schutzzonen ausbauen „grüne Inseln“ im urbanen Bereich ausbauen; Komittment der Bevölkerung ausbauen.

Finanzielle Steuerungselemente

- Reform der Merit-Order auf dem Strommarkt, breite Finanzierung des Netzausbaues und möglichst minimale steuerliche Belastung von Strom, um sicherzustellen, dass **Strom aus erneuerbaren Quellen verlässlich billiger** ist als die fossile Energie inklusive CO₂-Bepreisung. Nur so kann die Akzeptanz der Energiewende und die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit gelingen.
- Schaffung von **attraktiven Abschreibungsmodalitäten** oder Investitionsprämien für Investitionen im Rahmen der ökologischen Transformation (z.B. Ausbau Erneuerbare, Wohnraumsanierung, Elektrifizierung industrieller Prozesse...)
- Die **hohen Kosten des Ausbaues der Infrastruktur** – hochrangiges Stromnetz, Schienen- und Datennetz – **durch Schuldenfinanzierung** strecken und durch Zuschüsse aus dem **öffentlichen Budget** insgesamt senken, um steigende Kosten für die aktuellen Nutzer zu vermeiden.
- Versteigerung von **Klimaschutzverträgen** (KSVs) um einzelne CO₂-freie Produktionsanlagen, die sich unter den aktuellen Marktpreisen noch nicht rechnen, bereits heute zu ermöglichen.
- Österreich setzt sich für eine europäische **CO₂-Zentralbank** ein, die auf dem Markt für Emissionsrechte durch geeignete Offentmarktgeschäfte Volatilität reduziert und damit Preise stabil hält.

Ausbildungskonzepte

- **Fachkräfteinitiative** (z.B. Installations- & Energietechnik, Gebäudesanierung...); Anpassung und massiver Ausbau der bestehenden Ausbildungsstrukturen.
- Attraktive Möglichkeiten für **Quereinsteiger**; „zweite Karriere“ fördern, Weiterbildung attraktiveren; Anreize für längere Berufstätigkeit speziell in Schlüsselberufen.
- „Transitions-Unterstützung“ für Menschen, die aufgrund rascher struktureller Umbrüche ihren Arbeitsplatz verlieren und sich neu qualifizieren müssen und für Unternehmen (speziell KMUs) die rasch und massiv in neue Technologien eintreten müssen.
- Koordination mit **qualifizierter Zuwanderung**, Anerkennung und Nostrifizierung erleichtern; Fachkräfte gezielt anwerben.

Breite Unterstützung und soziale Tragfähigkeit sicherstellen

- Nachhaltige, leistbare und sichere Energieversorgung sollte weiterhin das Ziel von Energiepolitik sein. Sicherstellen, dass es **Anreize gibt, um auszubauen**, aber auch, dass Skaleneffekte des Ausbaus allen zu Gute kommen. **Gezielt** ist dort zu **unterstützen**, wo die nötigen Ressourcen nicht vorhanden sind.
- Energy-Sharing Modelle erleichtern und ausbauen und so immer mehr Menschen zu **aktiv Beteiligten** und persönlichen Profiteuren des Wandels machen.
- Klare und ehrliche **Kommunikation**, dass die Ökologische Transformation einen hohen Mitteleinsatz und auch Veränderungsbereitschaft erfordert aber in Folge einen konjunkturfördernden Investitionsschub auslöst, der hilft den Wohlstand und sozialen Frieden im Lande zu sichern und zu steigender Lebensqualität führt.

Ökologische Transformation - Das Team

In der Themengruppe **Ökologische Transformation** haben mitgearbeitet:

- Silvia ANGELO
- Wolfgang ANZENGRUBER
- Franz ESSL
- Gabriel FELBERMAYR
- Sabine HERLITSCHKA
- Christoph NEUMAYER
- Katharina ROGENHOFER
- Christa SCHLAGER
- Moderation: Kurt GUWAK



Zielbild

Das Zielbild beschreibt einen Blick aus der Zukunft. Wo könnte Bildung in Österreich 2032 stehen, wenn wir es jetzt „besser“ machen...



Bildung 2032

Anfang der 20er Jahre stand Österreich vor einer echten Richtungsentscheidung. Gesellschaft und Politik wurde zunehmend bewusst, dass die im Vergleich gute Position des Landes hinsichtlich Wohlstandes, sozialer Sicherheit und Lebensqualität mit dem vorhandenen Bildungssystem auf Dauer nicht zu halten sein wird. Obwohl die investierten finanziellen Mittel (z.B. Kosten pro Schüler/Schülerin) zu den höchsten der Welt gehörten, waren die Ergebnisse nur durchschnittlich. Das Land war hinsichtlich Bildung seit Jahren in einer Abwärtsspirale; die ersten Auswirkungen traten unbestreitbar zu Tage. Man entschied sich, radikal zu handeln...

Bildung in Österreich 2032 – wie es sein könnte...

Mitte der 20er Jahre ging ein **Ruck durch die österreichische Gesellschaft und die Politik**. „Bildung“ hat die Sonntagsreden verlassen und wurde zu einer echten nationalen Top-Priorität. In einem nationalen Schulterschluss hat sich Österreich entschieden, bis 2032 zu einer der **führenden Bildungsnationen der Welt** zu werden. Man hat sich zusammengesetzt, offen diskutiert und die diversen Einzelinteressen hintangestellt. Dann wurden grundlegende Entscheidungen getroffen und radikale Veränderungen angegangen. „Bildung“ wurde als die wichtigste Ressource für eine gute Zukunft unseres Landes ernst genommen. Dazu einige Beispiele:

Die **Elementarpädagogik** wurde ausgebaut, weiter professionalisiert und konsequent als erste und fundamentale Stufe in das Bildungssystem integriert. Die Zeiten des „Kinderaufbewahrungsangebotes“ waren definitiv vorbei. Heute gibt es moderne und österreichweite Standards. Diese umfassen sowohl die innere Qualität dieser Bildungsstufe (z.B. Gruppengröße, Qualität der Leitung etc.) als auch die – attraktiven - beruflichen Bedingungen für Pädagogen und Pädagoginnen. Aus der evidenzbasierten Einsicht, dass spezifische Defizite (z.B. Sprachdefizite, soziale Defizite) auf dieser Bildungsstufe am wirkungsvollsten bekämpft werden können, wurden gerade im Bereich der Elementarpädagogik eine Reihe sehr gezielt einsetzbarer Fördermöglichkeiten geschaffen, für die Österreich mittlerweile immer wieder als Vorbild genannt wird. Bewährt hat sich auch die zunehmend größere Durchlässigkeit des Berufsfeldes Elementarstufe und der Volksschule. Dadurch entstanden vielfältigere Entwicklungsmöglichkeiten für Pädagogen und Pädagoginnen, das Feld wurde für Frauen und Männer attraktiver, die Mitarbeiterbindung ist gestiegen.

Auch **die zweite Stufe des Bildungssystems** hat sich massiv verändert. Schulen für Kinder ab dem 6. Lebensjahr verfügen vor dem Hintergrund klarer und moderner Standards über hohe

Autonomie. Der Begriff des „**agilen Bildungssystems**“ beschreibt das Zusammenspiel zwischen einem kleinen, aber sehr kompetenten Zentrum, das die Standards definiert (Ministerium) und gut ausgestatteten Einheiten, die über die Autonomie verfügen, diese Standards bedarfs- und situationsgerecht umzusetzen. Diese Autonomie schließt auch budgetäre, inhaltliche und personelle Spielräume ein. Die früher deutlich ausgeprägten Zwischenebenen und die stark vertikal orientierten Entscheidungsstrukturen wurden merklich reduziert, was neben einer Kosteneinsparung auch zu einer spürbaren Entlastung der Schulen geführt hat.

Ein Schlüsselement auf diesem Weg war eine intensive **Qualifizierung der Leitungspersonen** und die Entwicklung professioneller Führungsstrukturen sowie die Einführung **transparenter Systeme zum Tracking des Bildungserfolges**. Große Schulen – die heute Kinder meist von der Elementarstufe bis zur Berufs- oder Hochschulreife begleiten – werden in aller Regel von einer pädagogischen und einer administrativ/organisatorischen Leitungsperson im Team geführt.

Insgesamt **hat die Schule mehr Zeit zur Verfügung**. Sie ist – wie in allen erfolgreichen Bildungsländern - eine echte Ganztagschule geworden. Sie bietet Schülerinnen und Lehrern auch die notwendigen räumlichen Voraussetzungen dafür. Der Schultag ist zu Ende, wenn das Kind die Schule verlässt. Kinder nehmen **keine „Arbeit nach Hause“**. Individueller Lern- und Förderbedarf wird in der Schule gut abgedeckt. Die zunehmende „Privatisierung“ von Bildungsaufgaben an Eltern und Nachhilfekräfte wurde dadurch beendet. Das Familienleben hat sich entspannt.

Auffallend ist auch, dass sich die Schulen **deutlich stärker zur Gesellschaft hin geöffnet** haben. Ca. 10 % der Unterrichtszeit werden im Schnitt von und mit Personen von außerhalb des

Schulsystems gestaltet. Kinder machen Projekte mit Künstlerinnen, schnuppern mit Trainern in neue Sportarten, erstellen digitale Objekte mit Web-Designern oder organisieren sich unter Anleitung für soziale oder kommunale Aufgaben. Auch diese Öffnung hat mit dazu beigetragen, dass Schulen deutlich stärker noch zu einem Ort der Freude, der Neugier und der Lust am Lernen wurden.

Besonders bei diesen Aspekten der Öffnung, der projektorientierten Arbeit etc. hat man bewusst die Erfahrungen aus den Bereichen des Bildungswesens einbezogen, in denen Österreich schon **einen guten Status erreicht** hatte. Das sind z.B. die duale Ausbildung in der **Lehre, die BHS und teilweise die Fachhochschulen**. Alle diese Bereiche zeichnen sich durch eine überdurchschnittliche Offenheit hin zu Gesellschaft und Wirtschaft aus. Diese positiven Erfahrungen werden systematisch genutzt. Zusammenarbeit mit Betrieben und Organisationen, viele Lehrkräfte mit Berufserfahrung außerhalb des Bildungsbereiches und dadurch auch eine höhere innere Dynamik und Innovation prägen immer weitere Bereiche des Bildungssystems. Die Nutzung des Potenzials der KI trägt wesentlich dazu bei, Lernpfade für Schüler individueller zu gestalten und Lehrerinnen von Routineaufgaben zu entlasten.

Viele weitere Schritte sind erfolgt oder sind auf dem Weg: **permanente Weiterbildung** ist für Menschen im Bildungssystem heute selbstverständlich, es wurden die **Einstiegsmöglichkeiten** für Quereinsteigerinnen professionalisiert und ausgebaut – aber auch gute **Ausstiegsmöglichkeiten** aus der pädagogischen Arbeit. Den **räumlichen Voraussetzungen** für ein gutes Arbeiten sowohl für Kinder als auch für Pädagoginnen und Pädagogen wird immer mehr Augenmerk geschenkt. Der Beruf des „Pädagogen“ wurde zu einem der angesehensten im Land – und zwar nicht primär aus finanziellen Gründen.

Bewegung und Körperlichkeit wurde als Prinzipien konsequenter in den Schulalltag integriert. Besondere Initiativen gibt es auch, um das Thema der zunehmenden **„Sprachlosigkeit“** (nicht nur bei fremdsprachigen Kindern) zu adressieren. Dabei geht es um die Fähigkeit zum klaren Ausdruck und einer guten Kommunikation. Ein weiterer Schwerpunkt ist die **digitale Transformation** der Schule und Bildungseinrichtungen, die eine wesentlich stärkere Individualisierung des Lernens ermöglicht und damit eine Steigerung des Lernerfolges bei geringen Kosten unterstützt und Kinder, Jugendliche und Erwachsene zukunftsfit macht.

Insgesamt ist das Thema „Bildung und Lernen“ viel stärker als **zentraler Wert** in der Gesellschaft verankert. Das zeigt sich auch **weit über das eigentliche „Bildungssystem“ hinaus**. „Lebenslanges Lernen“ ist ein wichtiger Wert geworden und hat den Charakter von Luxus oder nur „Reparatur“, um jemand wieder „funktionsfähig“ für den Arbeitsmarkt zu machen, verloren. Hochprofessionelle Angebote zum „Skill update“ oder auch zur beruflichen Neuorientierung sind selbstverständlich geworden. Der Wechsel zwischen Berufsfeldern ist keine „Notmaßnahme“ mehr, sondern Teil der Lebensplanung – auch und gerade im fortgeschrittenen Berufsleben. Ein Beispiel ist das Projekt „Zweiter Frühling“, das sich an alle Menschen 50+ wendet und in der Orientierung, ggf. Weiter- oder Neuqualifizierung für das dritte Drittel des Berufslebens dient.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die Infrastruktur der **„regionalen Bildungshubs“**. Dabei wird nicht aus der Perspektive einer einzelnen Schule gedacht, sondern verschiedene Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Erwachsenenbildung, Unternehmen...) schließen sich zusammen, um gemeinsam die räumliche und technische Infrastruktur zu nutzen und so die Talente und Potenziale in der Region zu fördern. So entstehen ganzheitliche, niedrighschwellige

und wirtschaftlich effiziente Zugänge für alle Zielgruppen.

Der Wert „**wir alle lernen...**“ wird immer mehr zu einem Leitwert der österreichischen Gesellschaft und nimmt auch positiven Einfluss auf Fragen der politischen Diskussion, der Migration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Österreich hat im Bereich Bildung in acht Jahren große Fortschritte gemacht und zählt heute zu den führenden Bildungsnationen.

Maßnahmen

Die Maßnahmen beschreiben, was wir jetzt konkret tun müssen, um einen guten Weg auf das Zielbild hin einzuschlagen...

Dringende Maßnahmen für die nächsten 12 Monate

Was müssen wir tun? Was müssen wir jedenfalls angehen?

Die grundlegenden Weichenstellungen...

- Nationaler Schulterschluss Regierung, Parlament, Sozialpartner: Bildung wird zu einer **nationalen TOP-Priorität**. Österreich will in der Bildung bis 2032 nach internationalen Standards zu den besten Ländern aufschließen.
- Kommunikation an die Bevölkerung; Authentisches **Erklären der Bedeutung des Themas**.
- Ernennung eines/einer der Regierungsspitze verantwortlichen **„Regierungsbeauftragten für die Modernisierung des Bildungssystems“** (gesamthaftes Verständnis: von der Elementar Pädagogik bis zur Erwachsenenbildung). Einrichtung einer **Expertenkommission** aus nationalen und internationalen Expertinnen und Stakeholdern zur Begleitung dieses Prozesses.

Aufgaben der Regierungsbeauftragten:

- Zusammenstellung einer Task-Force.
- nach 3 Monaten Vorlegen eines Audit-Berichts „Bildung in Österreich“ und einer Roadmap „Bildung in Österreich 2032“ als grober Meilensteinplan. Ziel: Stärkung des Grundkonsenses und Orientierung durch Meilensteine und Prioritäten.
- Nach weiteren 6 Monaten: Vorlegen einer **„Bildungsstrategie für Österreich: Ziele und Maßnahmen“** auf Basis internationaler Best Practice-Beispiele. Diese Strategie hat u.a. Antworten zu liefern auf die ständig wiederholten Schwachstellen und offenen Themen: Governance, Autonomie, Aufwertung der Elementarpädagogik, Länge der Primarstufe, Rolle des Gymnasiums, Ganztagskonzept, Fächerkatalog, lebenslange Lehrerbildung, Arbeits- und Rahmenbedingungen für Pädagoginnen, Management der Schulen, digitale Transformation im Bildungswesen, Intensivierung der Erwachsenenbildung, „lebenslanges Lernen“ realisieren...

- Danach: Evaluierung durch Expertenkommission, Veröffentlichung der Strategie, Start der politischen Umsetzung. Regierungsbeauftragter und Expertenkommission begleiten den Prozess. Öffentliches „Bildungsmonitoring“ online, um Status der einzelnen Teil Projekte jederzeit sichtbar zu machen.
- Erarbeitung der notwendigen (Verfassungs-)rechtlichen Anpassungen für ein modernes Bildungssystem im 21. Jahrhundert durch Experten.
- Ausgliederung der Evaluation der Qualität des Bildungssystems in eine unabhängige Agentur nach internationalen Vorbildern (zB Ofsted in England, Dutch Inspection of Education, Education Review Office in Neuseeland). Betreut das „Bildungsmonitoring“ und veröffentlicht darüber hinaus regelmäßig Reports. Mitarbeiter u.a. von aktiven Lehrpersonen, die jeweils für zwei Jahre vollzeitlich in der Agentur tätig sind. Wird z.B. als eine ideale Vorbereitung für eine Führungsaufgabe im Bildungssystem gesehen.
- Strukturelle Neuordnung
 - Schaffung je einer Sektion „Elementarpädagogik“ und „Lebenslanges Lernen“ im Bildungsministerium.
 - Schaffen einer Abteilung für „Bildungsinnovationen und best practices“, die evidenzbasierte Lösungen sowie Skalierung von best practices verantwortet.

Wo alles anfängt: Elementarpädagogik

- Elementarpädagogik: konsequent als **erste Stufe in das Bildungssystem integrieren**. Schaffung einer klaren bundesweiten Richtlinienverantwortung (analog Grundschule). Regelung der Umsetzungsverantwortung/ Autonomie vor Ort (Gemeinde und jeweilige Einrichtung).

- Elementarpädagogik: **Aufwertung und Attraktivierung des Berufsfeldes** der Elementarpädagogik; Standardisierung der Ausbildung auf dem letzten Stand. Mittelfristiges Ziel ist die Gleichstellung der Elementar Pädagoginnen mit Pädagogen aller Schultypen (Aus- und Fortbildung, Entlohnung, Zuständigkeit des Ministeriums...).
- Schaffung eines **Berufsfeldes „Elementar- und Grundschulpädagogik“**. Gemeinsame Ausbildung; ein Beruf „Elementar- und Grundschulpädagoge“. Damit Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen. Größeres, attraktiveres Berufsfeld mit mehr Möglichkeiten.
- **Weiterbildung von Freizeit-Pädagoginnen** für die Primärpädagogik.
- Auf- und Ausbau gezielter Unterstützungsmöglichkeiten zur **Kompensation spezifischer Defizite** (z.B. Sprache, soziale Defizite) bereits auf dieser ersten Bildungsstufe. Umschichtung finanzieller Mittel in diese Bildungsstufe.
- **Reduktion der Gruppengrößen** bzw. Teilungsziffern.
- Qualifizierungsinitiative für Lehrkräfte im Bereich **„Digitale Transformation** in der Schule“, inkl. KI und Datenkompetenz
- Ausgebaute, hochwertige Einstiegsmöglichkeiten für **Quereinsteigerinnen als Lehrkräfte oder in Leitungsfunktionen**. Öffnung des Berufsfeldes. Anrechnung der Vordienstzeiten im Privatsektor gleichwertig zu jener im öffentlichen Sektor.
- **„Outplacement-Stiftung“** für Aussteiger aus der pädagogischen Arbeit. Qualifizierung für z.B. Verwaltungs- oder soziale Aufgaben im öffentlichen Dienst. Niemand soll mehr Lehrerin bleiben müssen, wenn er den dynamischen pädagogischen Anforderungen nicht mehr gewachsen ist oder die Begeisterung erloschen ist.
- **Attraktivierung des Berufsfeldes** „Pädagoge“ durch Stärkung der Entscheidungsspielräume, attraktive Arbeitsbedingungen, professionelle Führung und interessante Entwicklungsmöglichkeiten. Gewinnen der „besten Köpfe“ für diese Aufgabe.

Die Schlüsselakteure: Schulleitung und Lehrer & Lehrerinnen

- Parallele **Lehrerausbildung** auf Basis des Bologna-System: 3 Jahre Bachelor in einem Fach, danach 2 Jahre Master in Pädagogik nach internationalem Vorbild; (Vorbild in Österreich: das Studium der Wirtschaftspädagogik).
- Programme für **Exzellenz- und Innovationsinitiativen** an pädagogischen Hochschulen.
- Verpflichtende **Qualifizierungs- und Ausbildungsinitiative für Schulleiter und Schulleiterinnen**. Ziel- und erfolgsorientierte Gestaltung der Gehaltsanreize. Etablierung moderner Führungs- und Steuerungsmethoden.

Umsetzung vor Ort: die Schule

- Outputorientierung durch **Zielvereinbarungen** mit Schulleitungen anhand einer Balanced Scorecard; echte „Führung“ durch die nächste Ebene.
- **Stärkung der Schulautonomie**. Einräumen inhaltlicher, zeitlicher, budgetärer und personeller Entscheidungsspielräume.
- Konsequenter Ausbau eines **hochwertigen, verschränkten Ganztagschulkonzeptes**. 2032 sind mind. 75% der Schüler und Schülerinnen im ganztägig verschränkten Unterricht. Schulzeit bis mindestens 15 Uhr ist der Normalfall. **Keine Hausaufgaben/ Nachhilfe außerhalb der Schulzeiten** notwendig. Schaffung der baulichen Voraussetzungen: Arbeitsplätze der Lehrer,

Mittagessen, Freiräume für Bewegung und Sport.

- Beginn eines **Reorganisationsprozesses zum Abbau von Administration** für Lehrkräfte und Stärkung der Schulautonomie.
- Weitere **Stärkung der guten Ausbildungsschienen**, in denen Österreich bereits vorne dabei ist (z.B. duale Berufsausbildung, technische BHS, FHS). Nutzen der Erfahrungen in diesen Bereichen durch stärkere Verschränkung mit den anderen Bereichen des Bildungssystems.
- Bedarfsorientierte **zusätzliche Ressourcen an Bildungsstandorte (Elementarpädagogische und Schulen) mit besonderer sozio-ökonomischer Belastung** (bspw. durch den aktuellen Familiennachzug). Die Mittel dürfen autonom verwendet werden.

Lernen geht über „Schule“ hinaus...

- Umfassendes und ambitioniertes Projekt, um **Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit sprachlichen und/oder sozialen Defiziten** gut zu befähigen, am Bildungssystem teilzuhaben.
- Intensivierung und Professionalisierung der **Berufsorientierung** und der **Bildungsberatung**; Kombination einer **arbeitsmarktorientierten Beratung** durch das AMS mit einer **personenorientierten Bildungsberatung** in Test- und Kompetenzzentren; Validierung von informell und nicht-formal erworbenen Kompetenzen.
- Bessere **Nutzung des Potenzials der Lehre**; Durchlässigkeit des dualen Systems weiter verbessern; Lernpartnerschaften zwischen Wirtschaft und Schule ausbauen.
- Erfolgreiche **Bildungsinnovationen skalieren** und gezielt im Regelsystem umsetzen – z.B. Programm „Basisbildung“ in Regelbetrieb überführen oder Aufnahme der Berufs- und

Studienberechtigungsprüfung in „Level up-Erwachsenenbildung“

- Bildungsprogramme als Eckpunkte einer umfassenden **Strategie gegen den Fachkräftemangel** (z.B. Umschulung in Green Jobs, Anerkennung von Abschlüssen bzw. Aufbauqualifizierung).
- Schaffen von **„Bildungshubs“ als Orte des Lernens in der Region**. Gemeinsame Nutzung von räumlichen und technischen Ressourcen durch verschiedene Bildungseinrichtungen (z.B. Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Unternehmen etc.). Praktische Verschränkung und Koordinierung verschiedener Bildungseinrichtungen.
- Erarbeiten von Konzepten wie **„Demokratiebildung“** das in allgemeine Weiterbildungsformate (Sprachkurse etc.) integriert wird.
- Forcierung **moderner didaktischer Konzepte an den Hochschulen und Universitäten**. Klare Verankerung in den Leistungsvereinbarungen, Monitoring durch das zuständige Ministerium, regelmäßige unabhängige Evaluierung.
- Unterstützung eines breitflächigen **Wertewandels in Richtung „Lebenslanges Lernen“** speziell auch in der Generation 50+.
- Erarbeitung einer obligatorischen **Reflexions- und ggf. Weiterbildungsinitiative für alle Menschen 55+**.
- Schaffung eines **„Expertenrats Integration“** der innerhalb von 6 Monaten einen Plan zum Umgang mit dem Thema im Bildungswesen als Teil der Gesamtstrategie vorlegt.

Bildung - Das Team

In der Themengruppe **Bildung** haben mitgearbeitet:

- Andreas AMBROS-LECHNER
- Walter EMBERGER
- Beate GFRERER
- Daniel LANDAU
- Christoph NEUMAYER
- Andreas SALCHER
- Lisa-Maria SOMMER-FEIN
- Manuela VOLLMANN
- Moderation: Kurt GUWAK



s Lagebild
lingen Technologie
rsleben
ötre
s zu fördern
jektörle öslem
zur Lösung
cope with
offen für nur, wenn
mainstream machen

Triple Transformation
Digital - Öko - Sozial
Digitale Humanismus / Ethik

Themenfeld Digitale Transformation

- ↳ Datenschutz / Daten nicht kostenlos
- ↳ Vertrauen / Transparenz / Souveränität
- ↳ Verteidigung d. Demokratie
- ↳ Mut zur Dezentralisierung
- ↳ Open Source / Lokal data sharing

Uzars

CA
roms
gastierung be
recken
u + KI
ildg, Umschaltkompetenz

on
tigen (Industrie
JKMU
Verwaltung
ssicherheit

usstsein
Umgangs mit

1. Internationales Expertenforum zur Digitalisierung in einer globalen Welt in der Lage sein, international zu kooperieren, die besten Praktiken zu erlernen, das Beste der besten (Benchmarking), um den Status zu verbessern (International: Standards und Normen)

KMU - digitally-weak backbone der österr. Wirtschaft

Das Backbone der österreichischen Wirtschaft sind mit 99,9% die KMU der Schweiz zur digitalen Transformation sind um 10% weniger als in 2016. In der EU sind 90% der KMU digitalisiert. In Österreich sind es nur 40%. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung.

Digitale Infrastruktur und der Erhalt der Innovationsfähigkeit

Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung.

1. Notwendigkeit der digitalen Transformation

Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung.

2. Informations- und Zugänglichkeit

Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung.

Herausforderungen der digitalen Transformation

Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung.

Herausforderung: Digitalisierung erhöht Ungleichverteilung

Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung.

3. Ethische und gesellschaftliche Aspekte

Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung.

4. Digitale Inklusion

Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung.

Mind the (digital) Gaps

Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung. Die Digitalisierung ist ein Wettbewerbsvorteil, aber auch eine Herausforderung.

Zielbild

Das Zielbild beschreibt einen Blick aus der Zukunft. Wo könnte Österreich 2032 im Themenfeld Digitale Transformation stehen, wenn wir es jetzt „besser“ machen...



Digitale Transformation 2032

„Die USA sind innovativ, China ist produktiv und Europa regulativ“ – wir alle kennen seit Jahrzehnten diese Aussage, wenn es um neue Technologien und speziell Digitalisierung und KI geht.

Das Spannungsfeld zwischen innovativen, mutigen Schritten nach vorne und rechtzeitig eingezogenen klugen Leitplanken, die Auswüchse und damit Schaden für Menschen und die Gesellschaft verhindern, kann auch in Zukunft nicht aufgelöst werden. Entscheidend ist, dass es uns immer besser gelingt diese Spannung konstruktiv zu nutzen. Das manipulative Potenzial der neuen Technologien im Hinblick auf die Einzelne oder die Sicherheitsrisiken für Staaten und Unternehmen sind enorm. Diese Realität wirklich ernst zu nehmen, war ein wichtiger Schritt der Bewusstseinsbildung in der „digitalen Reifung“ der Gesellschaft. Andererseits ist auch völlig klar, dass nur derjenige diese Technologien „kultivieren“ und konstruktiv nutzen kann, der sie versteht und mit seiner Kompetenz in der Entwicklung vorne mit dabei ist. Sie sind auch zum entscheidenden Wohlstandsmotor und Wettbewerbsfaktor geworden.

Mitte der 20er Jahre wurde immer deutlicher, dass die vorhandenen Ansätze, Strukturen aber vor allem auch der „mind set“ in Politik, Gesellschaft und auch in Teilen der Wirtschaft mit der Dynamik der Entwicklung nicht mitkommt. Österreich hat sich entschlossen nicht zur Gruppe der „Zögerlichen“ zu gehören, sondern das Thema breit und mutig aktiv anzugehen. Und das war gut so...

Digitale Transformation in Österreich 2032 – ein Blick aus der Zukunft

Österreich hat sich in den letzten Jahren in der Digitalisierung sehr dynamisch entwickelt und ist in die Gruppe der innovativsten europäischen Länder aufgerückt. Bemerkenswert ist, dass diese Dynamik nicht einfach aus einer naiven De-Regulierung des „anything goes“ erwachsen ist, sondern im Gegenteil durch eine gelungene **Balance aus einer klugen Liberalisierung** – etwa im Datenmanagement und bei sinnvollen Anwendungsfeldern – und einer zunehmend auch **digital emanzipierten und engagierten Zivilgesellschaft**, die Auswüchse begrenzt und ethische und sicherheitstechnische Aspekte entschieden einfordert.

Rückblickend hat es sich dabei als richtig und wichtig erwiesen, dass Österreich in einem breiten Stakeholder Prozess die **Charta eines Digitalen Humanismus** erarbeitet hat. Der ethische Diskurs ist gelungen – Unternehmen profitieren von der daraus entstandenen Innovation, Beschäftigte haben menschenwürdige Arbeitsplätze, die öffentliche Sicherheit ist besser denn je und die demokratische Kultur ist durch eine vertrauenswürdige, pluralistische Medienlandschaft gestärkt. Die Technologie dient dem Menschen, der Gesellschaft und hilft uns Wohlstand zu sichern, das ist der alles durchziehende Grundgedanke.

„**Digitalisierungskompetenz**“ ist heute nicht mehr die Geschicklichkeit am Smartphone oder Grundkenntnisse im Programmieren. Es ist die Fähigkeit, mit digitalen Technologien so umzugehen, dass sie dort eingesetzt werden, wo sie das Zusammenleben verbessern und wirtschaftliche und technische Prozesse effektiver und effizienter machen. Digitalisierungskompetenz ist eng mit **Medienkompetenz** verbunden, mit der Fähigkeit, Content richtig kontextualisieren zu können, Falschmeldungen zu erkennen und sich selbst nach ethischen Regeln im Netz zu bewegen.

Die **digitale Infrastruktur** in Österreich ist in das

große europäische Digitalnetz und die großen **europäischen Cloud-Systeme** eingebunden. Gut gelungen ist die Überbrückung der Last Mile – Breitband ist heute in jedem österreichischen Haushalt, in jedem österreichischen Unternehmen und jedem österreichischen Klassenzimmer eine leistbare Selbstverständlichkeit. Die dafür notwendigen Infrastrukturinvestitionen haben einen wichtigen Wirtschaftsimpuls der letzten Jahre dargestellt.

Ein wichtiges Anwendungsbeispiel sind die „**persönlichen Lerncoaches**“, die schon vor einigen Jahren als digitale Lernhelfer eingeführt wurden. Sie sind mittlerweile aus dem Bildungssystem nicht mehr wegzudenken und unterstützen individuell dort, wo es sinnvoll und notwendig ist. Eine der ersten breiten Anwendungen war der Spracherwerb bei Menschen, die neu in unser Land kommen. Zusätzlich steht jedem Kind ein individueller Lernbuddy basierend auf KI-Technologie zur Verfügung, der zum Lebens- und Lernbegleiter wird. Dabei wird großer Wert auf den Datenschutz gelegt, indem alle persönlichen Daten sicher und ausschließlich zum Wohle des Kindes verwendet werden.

Wichtig war auch das entschlossene Bemühen, die **Digitalisierung in die Breite zu bringen**. Ein Schwerpunkt waren dabei **die KMUs des Landes**. Vielfältige Maßnahmen halfen den Klein- und Mittelbetrieben, den digitalen Wandel zu meistern. So ist es heute beispielsweise selbstverständlich, dass eine Servicetechnikerin das Heizungssystem mit einer Datenbrille überprüft, die ihr relevante Informationen liefert und sie bei Bedarf mit einem Spezialisten verbindet. IT-gestützte Prozesse wie diese werden mittlerweile von nahezu jedem Kleinbetrieb beherrscht.

In diesem Kontext hat sich auch die **Datennutzung rasch weiterentwickelt**. Immer mehr Datenbestände (z.B. Produktdaten, Produktionsdaten, Warenströme etc.) von Unternehmen

werden im Sinne der Kreislaufwirtschaft von ausgewählten Akteuren entlang der Wertschöpfungskette verwendet. Das „urban mining“ hat sich von der Abfallaufbereitung zu einem komplexen System weiterentwickelt. Digitalisierung sorgt für einen deutlich geringeren Rohstoffverbrauch und Energieeinsatz - ein wichtiger Beitrag zur ökologischen Transformation der Gesellschaft. In einigen ausgewählten Bereichen gehören österreichische Forschungseinrichtungen zu den weltweit führenden Institutionen und bestimmen die Entwicklungen mit.

Wesentliche wirtschaftliche Impulse brachte auch die Förderung einer **dezentralen Datenökonomie**: durch föderierte Datenräumen (Gaia-X, etc.) mit einer führenden Rolle Österreichs (etwa Produktion, Green Data, Tourismus) und der Etablierung von Datenvermittlungsdiensten wurde in der Wirtschaft ein föderierter europäischer Ansatz etabliert, der für nachhaltiges Wachstum sorgte.

Es konnte eine **gute Ausgewogenheit zwischen notwendigem Datenschutz** als immer wichtiger werdendem Persönlichkeitsrecht und professionellem Umgang mit Daten im Sinne eines „**open by default**“ gefunden werden. Ein wesentlicher Artikel der Charta besagt, dass die Gedanken eines Menschen unantastbar sind und daher nicht zu kommerziellen Zwecken verwendet werden dürfen. Ebenso werden **Kreativleistungen und Urheberrechte** klar geschützt. Medien konnten so ihr Geschäftsmodell wieder stabilisieren.

Besonders stolz sind wir darauf, dass wir mit den anderen EU-Staaten auf Initiative Österreichs hin ein **öffentlich-rechtliches Internet (Public Service Internet)** geschaffen haben. Dieses ist frei von kommerziellen Interessen und einem hohen journalistischen Qualitäts-Ethos verpflichtet. Überrascht hat es viele, dass diese Maßnahme zum Motor der Transformation in der Medienwelt wurde und eine ganze Anzahl von Medieninnovationen hervorgebracht hat.

Auch in der **öffentlichen Verwaltung** hat sich viel getan. In vielen Aspekten wurde sie zum Vorläufer und Treiber der Entwicklung. Heute setzt man verstärkt auf datenbasierte Entscheidungsfindung, um effektiver und effizienter auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen. Eine moderne IT- und gemeinsam genutzte KI-/Augmented-Intelligenz-Infrastruktur sowie die enge Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen, Wissenschaft und Wirtschaft haben dazu beigetragen, dass Österreich zu einem Vorreiter in der digitalen Verwaltung wurde.

Ein erster wichtiger Schritt war die **Überprüfung aller Datenregister in der Verwaltung**. Heute sind alle nicht-personenbezogenen **Daten als Open Data** auf data.gv.at frei verfügbar. Darüber hinaus sind in sicheren Verarbeitungsumgebungen wie dem AMDC (Austrian Micro Data Center) für z.B. Forschung und Wissenschaft auch personenbezogene bzw. geschützte Daten standardmäßig kostenfrei zugänglich, um Grundlagen für evidenzbasierte Politik zu liefern (vgl. EU Data Governance Act). Ausgenommen von der Datenbereitstellung sind lediglich Daten, die aus zwingenden integrations- oder außenpolitischen Gründen, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit etc. erhoben werden (vgl. § 6 Abs 1 IFG).

Grundlage für diese umfassende Datenstrategie und -bereitstellung war die Schaffung einer **sektorübergreifenden Governance-Struktur in Form einer Digitalisierungsbehörde** (u.a. in Anlehnung an Frankreich), die mit den notwendigen Expertinnen und Ressourcen ausgestattet wurde, um die Querschnittsfunktionen für die digitale Transformation in der Verwaltung effektiv bereitzustellen. Diese neue Governance-Struktur hat die Dateninfrastruktur modernisiert und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden, Wissenschaft und Wirtschaft gestärkt. Sie ist kein „Papiertiger“, sondern eine umsetzungsstarke, mit Fachkräften und Ressourcen ausgestattete

Einheit, die echte Veränderungen bewirkt und zu einer institutionellen Bündelung der Digitalkompetenzen geführt hat.

Darüber hinaus hat das „Once-Only“-Prinzip forciert, dass **persönliche Daten von Bürgerinnen und Bürgern nur einmal an den Staat übermittelt** werden, sodass sie für alle Behördenprozesse verfügbar sind. Dies eliminiert die Notwendigkeit, bei jedem Behördengang Dokumente wie Geburtsurkunden oder Meldezettel vorzulegen, und vereinfacht Verwaltungsprozesse und reduziert bürokratischen Aufwand erheblich. Digitale Lösungen erleichtern Behördengänge, sodass Anliegen bequem online erledigt werden können, wie Führerscheinanträge oder demokratische Partizipationsprozesse wie Online-Unterstützungsabgabe für neue wahlwerbende Parteien. Unternehmen profitieren ebenfalls durch schnellere Einreichung und Verarbeitung digitaler Anträge und Dokumente.

Im **Gesundheitsbereich** wurde ein **zentrales Kommunikationssystem** implementiert, das alle Gesundheitsdienstleister und Patienten miteinander verbindet. **Telemedizin** ist integraler Bestandteil der Gesundheitsversorgung geworden und unterstützt die Versorgung von vor allem älteren Menschen und Personen mit eingeschränkter Mobilität. Bei chronischen Erkrankungen erlauben tragbare Geräte mit direkter Anbindung an die Medizinerin des Vertrauens rechtzeitige Interventionen.

Der Ausbau der **Dateneinmeldspflicht für Gesundheitsdienstleister** in gesicherte nicht-kommerzielle Verarbeitungsumgebungen hat die Datengrundlage für die Forschung und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) im Gesundheitswesen erheblich verbessert. Der Einsatz dieser KI hat die Diagnose und Behandlung revolutioniert, indem **KI-basierte Diagnosetools** große Datenmengen analysieren und personalisierte Behandlungspläne erstellen, was zu einer

höheren Genauigkeit und Effizienz in der medizinischen Versorgung führt. Zudem haben **Digitalisierung und Automatisierung Pflegefachkräfte** erheblich **entlastet**, indem sie administrative Aufgaben übernommen haben, sodass mehr Zeit für die direkte Patientenpflege bleibt.

Auch das Thema „Sicherheit“ hat sich in den letzten Jahren enorm weiterentwickelt. **„Cyber defence“** also der umfassende Schutz vor Cyberangriffen, ist eine Schlüsselaufgabe für den Staat, Unternehmen und Organisationen geworden. Für die Einzelne ist die Frage der persönlichen Cybersicherheit und das Erkennen von Falschinformationen („Fakes“) zu einer alltäglichen Aufgabe geworden. Zum Glück gibt es **leistungsfähige KI-Systeme**, die uns schützen und helfen, Manipulationsversuche zu erkennen. Der Umgang mit diesen Gefahren und die gute Handhabung der Schutzsysteme sind heute wichtige Digitalkompetenzen. Dies hat dazu geführt, dass die Demokratie gestärkt wurde.

Dieses **Zusammenspiel von Menschen mit den digitalen Systemen** wurde zu einer **besonderen Stärke in Österreich** und hat sich weltweit unter dem Begriff **„Digitaler Humanismus“** etabliert. Viele Unternehmen und Start-ups beschäftigen sich mit **intelligenten Assistenzsystemen**, die unser Leben angenehmer, interessanter und sicherer machen. Die Diskussionen über die ethischen Aspekte dieses Zusammenwirkens werden intensiv und konstruktiv geführt und begleiten diese Entwicklung.

Die Welt hat sich verändert – und sie wird es weiter tun. Die Fortschritte etwa in der Medizin und der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft waren gewaltig. Gleichzeitig haben wir gelernt, uns auch immer wieder zurückzuziehen und Auszeiten zu nehmen, in denen wir bewusst analog leben. Unser Leben ist dadurch nicht nur deutlich vielfältiger und bunter, sondern auch resilienter

und erfüllter geworden. Diese **neue Balance zwischen Fortschritt und Besinnung** hat uns ein Leben beschert, das reich an Möglichkeiten, Erlebnissen und Zufriedenheit ist. Eine Zukunft, auf die wir uns freuen können – lebendig, nachhaltig und voller Chancen.

Maßnahmen

Die Maßnahmen beschreiben, was wir jetzt konkret tun müssen, um einen guten Weg auf das Zielbild hin einzuschlagen...

Dringende Maßnahmen für die nächsten 12 Monate

Was müssen wir tun? Was müssen wir jedenfalls angehen?

Die grundlegenden Weichenstellungen

- Entwicklung einer **österreichischen CHARTA des Digitalen Humanismus** auf Basis eines breiten, effizienten Stakeholder Diskurses zu den Chancen, Risiken und dem Zielbild unter konsequenter Einhaltung des Prinzips, dass Technologie den Menschen und der Gesellschaft dienen muss.
- **Digitalisierungsbehörde im BKA** als sektorübergreifende Governance-Struktur zur institutionellen Bündelung der Digitalkompetenzen mit exzellentem Personal und Budget.
- Erarbeitung einer **Roadmap „Digitale Transformation und KI“** für Österreich. Schwerpunkte sind die Formulierung konkreter Transformationsvorhaben und das Monitoring der Umsetzung auf einem „Österreich Dashboard“ in den Bereichen
 - Digitale Demokratie und Daten
 - Digitale Verwaltung und Infrastruktur
 - Digitale Kompetenz und Bildung
 - Digitale Wirtschaft und Forschung und Innovation
- Aufbau eines **Ökosystems** aus Forschungsgruppen, Unternehmen und Start-ups als Impulsgeber und zur Umsetzung innovativer Lösungen.

Digitale Demokratie und Daten

- Umfassender Ausbau und nutzerzentrierte Umsetzung einer **österreichischen Datenstrategie**, die Themenkomplexe wie „Open (Government) Data“, „Open by Default“, „MyData“, „Datenaltruismus“, „Datenspenden“ etc. sektoren- und ressortübergreifend mit Umsetzungsmaßnahmen und Monitoring verbindet.
- Einrichtung eines **wissenschaftlichen Dienstes für das Parlament** zur Unterstützung

fundierter politischer Entscheidungen und zur Förderung evidenzbasierter Gesetzgebung (nach dem Vorbild des wissenschaftlichen Instituts des finnischen Parlaments).

- **Digitales Abstimmungssystem im Parlament** mit transparenter Einsicht für Bürgerinnen und Bürger und Bereitstellung über eine offene Schnittstelle.
- **Förderung von Kompetenzzentren für Technikfolgenabschätzung:** Forschung, Unterstützung bei Entscheidungen für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Kommunikation mit der Öffentlichkeit; Koordination von digitalen Partizipationsprozessen.
- **Etablierung von Ethik-Gremien** im Bereich Daten und Künstliche/Augmented Intelligenz mit dem Ziel der des Vorantreibens innovativer und vertrauenswürdiger Daten- und KI Nutzungen/Anwendungen (Stichwort trustworthy AI).
- **Aufrüstung von „Digital Hubs“** in Gemeinden/Bezirken, die das Recht auf unterstützte Digitalität für Menschen ohne oder mit geringer Digital Literacy und den Zugang zu digitalen staatlichen Leistungen für alle „auch weiterhin“ sicherstellen. Synergien mit regionalen „Bildungshubs“ herstellen.

Digitale Verwaltung und Infrastruktur

- **IKT- / KI-Infrastruktur Programm** einschließlich Aufbau eines **Netzwerks nationaler Rechenzentren**, von KI-Clouds sowie offener KI-Modelle - Nutzung für KMUs, Forschungseinrichtungen und Start-ups. Aufbau eines **länderübergreifenden Piloten zur Nutzung europäischer Hochleistungsrechner-Kapazitäten** und einer Datenplattform für KI-Trainingsdatensätzen, unterstützt durch Projekte wie EuroHPC und AI4EU.
- **Überprüfung aller Datenregister in der Verwaltung und Bereitstellung** aller nicht

personenbezogener Daten als Open Data auf data.gv.at. Kostenfreie Bereitstellung aller personenbezogener Daten für Wissenschaft und Forschung über sichere Verarbeitungsumgebungen wie dem AMDC, um evidenzbasierte Politik zu unterstützen. Ausgenommen von der Datenbereitstellung sind lediglich Daten, die aus zwingenden außenpolitischen Gründen, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit etc. erhoben werden (vgl. § 6 Abs 1 IFG).

- **Einführung einer Open Government Data und Open Source-Strategie für Österreich** sowie **Förderung dezentraler Internet-Dienste**, einschließlich Social Media, Video- und Kommunikationsplattformen, sowie Ausbau sicherer Edge-Verarbeitungslösungen.
- **Ambitionierte Umsetzung von digitalen Vorhaben** wie „Digital Roadmaps“ und „Once Only“ bis 2027 mit klaren Milestones und Verpflichtung auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene mit **Tracking** über ein „**Österreich Dashboard**“ zur transparenten Verfolgung der großen österreichischen Transformations-Projekte.
- **IT-Konsolidierung in der Verwaltung vortreiben:** Konsolidierung von Rechenzentren, Serverräumen, Standardanwendungen und IT-Arbeitsplätzen sowie die Optimierung der physischen Infrastruktur und Support-Services, um die Effizienz, Sicherheit und Servicequalität der IT-Landschaft zu verbessern. Schaffung eines übergreifenden Asset-Managements, Standardisierung und Demand-Management sowie die Vereinfachung der Organisationsstruktur.
- Aktive Impulse des **Staates als Nachfrager innovativer österreichischer digitaler Lösungen** (Public Procurement for Digitisation) aufbauen und entsprechende rechtskonforme Beschaffungslösungen ausbauen.

Digitale Kompetenz und Bildung

- **Upgrade der formalen Basisbildung** in Bezug auf **Digital Literacy, Data Literacy und AI-Literacy** durch Entschlackung der Lehrpläne und fächerübergreifende, verpflichtende Nutzung digitaler Tools und Anwendungen im schulischen und universitären Bildungssystem. Verpflichtende Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen.
- **Verständnis vom Digitalen Humanismus** als Prinzip in Curricula verankern mit Fokus auf das Grundlagenverständnis von Systemen, Algorithmen, Machine Learning, Einsatzgebiete und -möglichkeiten von KI, Chancen und Risiken von KI, Diversitätsprinzipien in der Digitalisierung, Nutzerzentrierung etc.
- **„Bildungshubs“ in Regionen** zur gemeinsamen Nutzung von (digitaler) Infrastruktur durch diverse Bildungseinrichtungen und -systeme (Schulen, FHs, Unis, Erwachsenenbildung – siehe Konzept „Bildung“ von MEHR GRIPS).
- **Pilotierung eines „Digitalen Lernbuddy“** – KI-gestützte individuelle Förderung für Kinder und Erwachsene durch adaptive Lernprogramme und Gamification unter Wahrung der Privatsphäre und des Datenschutzes.
- **Niedrigschwellige Begleit- und Coachingangebote** für wenig digitalisierungsaffine Gruppen, von Schülerinnen bis zu älteren Erwachsenen.

Digitale Wirtschaft und Forschung und Entwicklung

- **Professionelle, niedrigschwellige Impulsberatung** und Unterstützung, um speziell KMUs in die Digitale Transformation zu begleiten. Evaluierung und Verbesserung vorhandener Ansätze durch Feedback und Best Practices. Integration von Unterstützungsleistungen für Unternehmen

bei Einführung neuer Regularien (Cyber Resilience Act, Ecodesign for Sustainable Products Regulation mit einem Schwerpunkt auf den Digitalen Produktpass, AI-Act, etc.)

- **Etablierung von Digital Sandboxes** als digitale Labore mit moderner Infrastruktur und Beratung zum „Ausprobieren“ digitaler Lösungen für Unternehmen, insbesondere im Bereich Data und KI. Bereitstellung von Infrastruktur zum Skalieren von Lösungen vom Labormaßstab in die Großanwendung. Integration mit den „Bildungshubs“, regionalen Innovationszentren, DIHs/EDIHs und Dataspaces.
- Ambitionierte, staatliche **Förderung von Innovationsprojekten mit hohem Public Value** bzw. die einen Beitrag zur Triple Transformation - digitale, grüne und soziale Transformation - leisten (Smart City, Digitalisierung im Gesundheitswesen, Barrierefreiheit erhöhen, digitale Kohäsions- und Partizipationsmodelle, Ressourceneffizienz, Unterstützung von Unternehmen, insb. KMU, ...).
- **Etablierung von oder Andocken an förderierte sektorspezifische Datenräume** (Catena-X, Manufacturing-X, Semiconductor-X, etc.) mit einer führenden Rolle Österreichs (etwa Green Data, Tourismus) und Gründung von Datenvermittlungsdiensten zur Erhöhung der Zusammenarbeit von Unternehmen entlang von Wertschöpfungsökosystemen.
- **Entwicklung österr. Schwerpunkt mit europäischer Leuchtturmfunktion** z.B.: Förderung von Forschung und wirtschaftlicher Umsetzung speziell in den Bereichen „Human/Machine Interface“, „Assisted Intelligence“, „Augmented Intelligence“.
- **Mittelerhöhung in Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten** an Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen mit einem **Schwerpunkt auf Künstliche/Augmented Intelligenz für unterschiedliche**

gesellschaftlich-relevante Anwendungen
(bspw. AI for Green, AI for Circularity)

Digitale Gesundheit und Pflege

- **Weiterentwicklung der elektronischen Gesundheitsakte (ELGA):** Ausbau der Dateneinmeldspflicht für Gesundheitsdienstleister (z.B. Bluthochdruckdaten, Diabetes...).
- **Zentrales Gesundheitskommunikationssystem (ZGKS):** Implementierung eines übergreifenden Kommunikationssystems für Patienten, an das alle Gesundheitsdienstleister angeschlossen sind. Ziel ist eine niederschwellige Kommunikation inklusive z.B. digitaler Terminvereinbarung und Überweisungen.
- **Digitalisierung und Automatisierung zur Entlastung von Pflegefachkräften:** Implementierung digitaler Tools und automatisierter Systeme zur Unterstützung von Dokumentations- und Verwaltungsaufgaben.
- **Gesundheitsförderung durch digitale Anwendungen:** Entwicklung von Gesundheits-Apps und Telemedizin-Anwendungen zur Förderung der Health-Literacy der Bevölkerung (für z.B. schulische Gesundheitsförderung, Selbstüberwachung oder Pflegeunterstützung).
- **Förderung von Smart Home-Technologien:** Entwicklung von Standards und Schulung der Nutzer, um die Sicherheit und das Wohlbefinden älterer Menschen durch intelligente Sensoren und Assistenzsysteme zu verbessern.
- **Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) und Maschinellem Lernen:** Förderung von Forschungsprojekten zur Anwendung von KI im Gesundheitswesen sowie Aufbau von KI-basierten Diagnosetools und Schulung des medizinischen Personals.
- **Nutzung von Big Data und Analytik:** Bereitstellung von Gesundheitsdaten in sichere Verarbeitungsumgebungen wie z.B. dem Austrian

Micro Data Centre (AMDC) sowie Förderung der Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsbehörden und Forschungseinrichtungen, um evidenzbasierte Entscheidungsfindungen auch im Gesundheitswesen zu verbessern.

Digitale Sicherheit

- **„Cyber-Defence“:** Einrichtung einer sektorübergreifenden, interdisziplinären Spezialtruppe im Abwehramt, die konsequent gegen Cyberangriffe auf Staat, Unternehmen und Personen im europäischen Verbund vorgeht.
- Initiierung bzw. Unterstützung eines europäischen Leitprojektes **„Safe Data & Fake News“**; Verstärkung der Maßnahmen gegen manipulierte Daten und Informationen. Sichtbarmachen von KI-generierten Inhalten.
- **Verschärfung und Ausbau der Rechtsgrundlage gegen digitale Verbrechen** (z.B. Industrie-Spionage) im europäischen Verbund.
- **Aufbau eines Frühwarnsystems für Cyberangriffe** in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern.
- Konsequenter Datenschutz und **Recht auf Privatheit** – keine Bundestrojaner.

Auf dem Weg zum Ziel: einige weitere wichtige Maßnahmen in den nächsten Jahren...

Digitale Demokratie und Daten

- Beitritt zu und aktive Teilnahme Österreichs an der **Open Government Partnership (OGP)**, um offene Regierungsführung zu fördern sowie Transparenz, Rechenschaftspflicht und die Einbindung der Bürger in politische Entscheidungsprozesse zu stärken.
- Einführung einer **öffentlichen Plattform für Debatten und Bürgerkommentare** im Sinne eines Open Government Ansatzes und zur Förderung von Bürgerbeteiligungsprojekten auf lokaler und nationaler Ebene.
- Aktives Vorgehen gegen demokratiegefährdende Fake News, **öffentliche Förderung von Faktenprüfungs- und Medienaufklärungsplattformen** wie z.B. mimikama.at.
- Gemeinsam mit anderen europäischen Playern **Etablierung eines öffentlich-rechtlichen Internets**, wo es hohe (und überprüfbare) Ansprüche an Qualitätsjournalismus gibt und das frei von kommerziellen Interessen ist.

Digitale Verwaltung und Infrastruktur

- **Nutzerzentrierte Systemarchitekturen gemäß MyData-Konzept:** Umsetzung eines Data Trackers nach estnischem Vorbild, das es Bürgerinnen ermöglicht, genau einzusehen, wer auf ihre persönlichen Daten zugegriffen hat und wofür diese verwendet wurden.
- **Digital Practice für Mitarbeiterinnen und Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung** fördern und fordern: Schulungsprogramme, Mentorship, Austausch untereinander, aber auch mit Unternehmen und Organisationen.
- **Förderung EU-weiter Harmonisierung zu Cloud Computing, Datenmanagement & Künstlicher Intelligenz (KI):** Zusammenarbeit mit anderen EU-Mitgliedstaaten zur Schaffung einheitlicher Standards und Regulierungen, um eine länderübergreifende Interoperabilität

der Systeme zu gewährleisten.

- **Reform des Bundesarchivgesetz (BAG)**, um eine vollständige, transparente und strukturierte Archivierung staatlicher Daten im digitalen Zeitalter zu gewährleisten:
 - Definition öffentlicher Daten: Präzise Definition, welche Daten als „öffentlich“ gelten und somit archiviert werden müssen, um Missbrauch durch Klassifizierung als „privat“ zu verhindern (inkl. Überprüfung durch ein unabhängiges Gremium im Zweifelsfall).
 - Ausweitung des Geltungsbereichs: Einschluss aller digitalen Kommunikationskanäle, einschließlich bspw. Signal und WhatsApp.
 - Verkürzung der Schutzfristen: Reduzierung der Schutzfristen für nicht-sensitive Daten.
- Strategien zur intelligenten Nutzung/Verknüpfung von Datenbeständen (z.B. Verknüpfung von ams-Daten und Bildungsdaten) unter Einbeziehung von Linked-(Open)-Data-Ansätzen in der gesamten Verwaltung.

Digitale Wirtschaft und Forschung und Entwicklung

- **Vereinheitlichung und Vereinfachung von Berichtspflichten von Unternehmen**, die sich aus unterschiedlichen Regularien ergeben.
- **Unterstützung von Unternehmen bei der Digitalen Transformation sowie bei der Entwicklung neuer datengetriebener Geschäftsmodelle**, bspw. durch Ausweitung der Digital Innovation Hubs und der European Digital Innovation Hubs; Förderung von digitalen Hidden Champions.
- **Betriebsstättendefinition** so überarbeiten, dass internationale IT-Unternehmen ihre

Gewinne dort besteuern müssen, wo sie die Umsätze machen.

- Im **Wettbewerbsrecht** Zugang zu Daten in die Definition des relevanten Markts aufnehmen (um auch digitale Marktmacht zu definieren und kontrollieren).
- Mittel bereitstellen für **Kosten im gesellschaftlichen Transformationsprozess** (Strukturveränderungen, Jobverluste, Neu- und Weiterqualifizierung, Kosten für befristete „Doppelgleisigkeiten digital/analog“, Absichern von jenen, die nicht mitkönnen...).

Digitale Transformation - Das Team

In der Themengruppe **Digitale Transformation** haben mitgearbeitet:

- Ulrike DOMANY-FUNTAN
- Beate GFRERER
- Harald KATZMAIR
- Johannes KOPF
- Robert SEYFRIEDSBERGER
- Roland SOMMER
- Agnes STREISSLER-FÜHRER
- Moderation: Kurt GUWAK



mit
Kampf

Gleichstellung

Kinderbe-
treuung z
Schule

Themenfeld Soziale Stabilität

fische
der Sicherheit

30:30
- beide Eltern Anspr.
auf Redukt. AZ

Kindergarten ab
1. LJ
hochwert. Pädagogik, ganz

denk d. Baus
in Sozialwohnungen

Gleichstellungsprogr.
Frauen 50+

Kinderbetreuung!

02. Auswirkungen-
analyse von
Klimaschutzmaßnahmen

Kinderbetreuungspfad
1 J. Mutter 1 J. Vater
(Alternanz 2 J.)

Redhansprüd auf
Kinder-Ganztage
Betreuung

Regeln für Soz. Transfer
durchforste.
Inaktivitätsfallen ↘

Gesamt Schule
10-15 Jahre

Zivilgesellschaft
→ Zusammenhalt
stärken

Effizienzen
heben

Prävention: Bildung,
Integrationsprogr.
gemeinnütz. Arbeit ...

Strukturreformen
Gesundheitswesen
Effizienzreserve

Fond zur Stärkung
von ehrenamt. Initiativen
- Stärkung der
Zivilgesellschaft

Mehr „Demokratie z
Beteiligung“

Zielbild

Das Zielbild beschreibt einen Blick aus der Zukunft. Wo könnte Österreich 2032 im Themenfeld „Soziale Stabilität in der Gesellschaft“ stehen, wenn wir es jetzt „besser“ machen...



Soziale Stabilität in der Gesellschaft – eine Aufgabe für uns ALLE!

Die „Soziale Stabilität in der Gesellschaft“ ist ein sehr komplexes und vielschichtiges Thema. Es ist einerseits durch sehr langfristige Strukturen und Trends (Demografie, Pensionsystem, Geschlechterrollen etc.), die oft generationenübergreifend wirken, geprägt. Andererseits muss oft auf kurzfristigen Entwicklungen und Krisen schnell reagiert werden. Ein zweiter Komplexitätsfaktor ist, dass es in diesem Themenfeld nur Betroffene gibt. Und nicht nur das, praktisch jede und jeder ist in mehreren Rollen betroffen. Wir alle sind Kunden und Konsumenten der sozialen Systeme und Einrichtungen und praktisch wir alle sind auch Finanziers, auch wenn sich die Bilanz dieser beiden Basisrollen im Einzelfall stark unterscheidet.

Uns ist deshalb sehr bewusst, dass unsere Gedanken kein umfassendes oder vollständiges Bild dieser großen und komplexen Thematik darstellen können. Wir haben einige Bereiche und Aspekte herausgehoben, die aus unserer Sicht für eine gute Entwicklung unserer Gesellschaft jedenfalls wichtig sind und versucht, dazu gemeinsame Ideen und Ansätze über unterschiedliche weltanschauliche Positionen zu entwickeln. In vielen Aspekten gibt es Anknüpfungspunkte zu unseren Ergebnispapieren „Ökologische Transformation“, „Bildung“ und „Digitale Transformation“.

Das verstehen wir als unseren Diskussionsbeitrag. Ein Beitrag, der helfen soll zu zeigen, wo der Raum für breiteren Konsens und Kompromiss in diesem komplexen Feld von Themen und Interessen liegen könnte. Wie eine gute Zukunft, ein gutes Miteinander in unserem Land im Jahr 2032 ausschauen könnte...

Soziale Stabilität in Österreich 2032 – ein Blick aus der Zukunft

Die zweite Republik war seit ihrem Bestehen ein durchwegs stabiles Land. Aber auch wenn die Konflikte nie so stark eskaliert sind wie in manchen anderen Ländern, so war der gesellschaftliche Zusammenhalt Anfang der 20er Jahre doch merkbar unter Druck geraten. Das hatte zum Teil sachliche Gründe, wie z.B. die demografische Entwicklung, die unsicher werdenden internationalen Märkte, Krisen und Kriege, verschiedene tiefgreifende Umbrüche, etwa in den Bereichen der Ökologisierung oder der Digitalisierung, und die Bewältigung von Migration und Integration.

Zum Teil war das bewusste Anheizen von Konflikten und Gegensätzen aber auch Programm mancher Interessengruppen und wurde fast zu Prinzipien in Politik und sozialen Medien. Die Polarisierung nahm merkbar zu, die Entwicklungsperspektive für die österreichische Gesellschaft war nicht günstig. Die Stabilität war in Gefahr, weil sich Spaltungen abzeichneten, etwa zwischen den Generationen, zwischen den Geschlechtern, zwischen Stadt und Land, Einheimischen und Zugezogenen, zwischen Menschen mit formal hoher und formal niedriger Bildung, zwischen Arm und Reich etc.. Vor einigen Jahren begann sich das aber zu ändern.

Ausgangspunkt dieser Veränderung waren vor allem diverse Bewegungen und Initiativen, die eine Versachlichung und eine konstruktive, lösungsorientierte Diskussionskultur propagierten. Im Grunde war es die oft zitierte „Mitte“, die auf die extremen Ränder und die Eskalationstendenzen reagiert hat. Politik und Medien haben dieses Momentum aufgegriffen. Damit ist schrittweise wieder ein **Klima des konstruktiven Miteinanders** entstanden, in dem es möglich war, viele Probleme und schwierige Fragen zu diskutieren und gemeinsame Lösungsschritte zu finden. Dabei hat man sich immer mehr an die wirklich schwierigen Themen herangewagt. So entstand eine Reihe von konsequenten und mutigen Maßnahmen und Reformen, die Mitte der 2020er Jahre begonnen

haben und nach und nach immer mehr Wirkung zeigten.

Österreich ist heute ein Land, das für viele ein Beispiel für eine besonders gut gelungene Entwicklung der Gesellschaft ist. Und das durchaus auch innerhalb der Europäischen Union, die insgesamt mehr als je zuvor vielen Menschen auf der Welt als Vorbild und Hoffnungsträgerin etwa in Fragen der Rechtsstaatlichkeit, der persönlichen Freiheitsrechte oder der sozialen Solidarität gilt.

Eine wichtige Basis dieser positiven Entwicklung war, dass sich **Österreich wieder mehr auf seine eigentlichen Stärken** besonnen hat. Der österreichische Pragmatismus, die Fähigkeit zum praktischen **Verbinden unterschiedlicher Ideenwelten und Kulturen** oder auch die hohe Bereitschaft zum „**Miteinanderreden**“ sind Beispiele dafür. Besonders wichtig ist die – auch im internationalen Vergleich – hohe Bereitschaft zum freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement gepaart mit einem gut ausgebauten Sozialstaat und einem klaren Bekenntnis zu diesem.

Auf dieser Basis wurden in den letzten Jahren eine Reihe wesentlicher Weichenstellungen getroffen, die heute viel zur Stabilisierung der Gesellschaft beitragen. So wurde ein Schwerpunkt auf **Kinder und Bildung** gelegt. Der flächendeckende Ausbau von qualitativvollen, inklusiven Kinderbetreuungsplätzen vom 1. Lebensjahr an, genauso wie das verpflichtende 2. Kindergartenjahr haben sich bewährt. Diese Maßnahmen beginnen bereits merkbar die Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erhöhen und wirken sich auch im Bereich der Integration positiv aus. Der Ausbau der Kinderbetreuung und weitere Maßnahmen tragen auch zu auch einer gerechteren Verteilung von Erwerbs- und Carearbeit auf die Geschlechter bei.

Das ist einer der wichtigen Gründe, warum sich Österreich in vielen **Gleichstellungsfragen**

schnell in die richtige Richtung entwickelt hat und z.B. im „Gender Equality Index“ der EU zu den skandinavischen Ländern aufgeschlossen hat.

Ähnlich erfreulich ist die Entwicklung im Thema „**Inklusion**“. Das Bildungssystem wurde komplett inklusiv gestaltet, sodass es heute defacto keine Segregation von Kindern mit Beeinträchtigungen mehr gibt. Inklusiv Ganztageschulen sind heute genauso selbstverständlich wie ein Rechtsanspruch auf das 11. und 12. Schuljahr oder auf einen späteren Schuleintritt für Kinder mit Beeinträchtigungen.

Auch die Auswirkungen der demografischen Entwicklung wurden mutig und mit Weitblick angegangen. Im **Gesundheits- und Pflegebereich** wurden bedeutende Fortschritte erzielt, die maßgeblich zur sozialen Stabilität beigetragen haben. Österreich hatte endlich den Mut, strukturelle Ineffizienzen - wie föderalistische Doppelgleisigkeiten - aufzubrechen, eine gesamtösterreichische Gesetzgebung zu verankern und eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen.

So hat beispielsweise die Einführung der „Advanced Practice Nurses“ (APNs) die Versorgungsqualität erheblich verbessert, indem diese Pflegekräfte erweiterte Befugnisse erhalten haben. Diese Maßnahme wurde erfolgreich aus Ländern wie Norwegen und den USA übernommen. Darüber hinaus wurden eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen gesetzt, die Sozialbetreuungs- und Pflegeberufe attraktiver gemacht, die Versorgungsqualität erhöht und die gesellschaftliche Anerkennung der Pflege gestärkt haben. Bei diesen umfassenden Maßnahmen sind auf allen Hierarchieebenen im Sozialbetreuungs- und Pflegebereich Männer und Frauen auf Augenhöhe mitgedacht. Geschlechterparität war Voraussetzung für einen nachhaltigen Sozialbetreuungs- und Pflegebereich.

Österreich ist heute ein Vorbild in Sozialbetreuung und Pflege und ein Beispiel für gelungene gesellschaftliche Entwicklung in der Europäischen Union.

Ein Schlüsselbereich war auch der **Arbeitsmarkt**. Anfang der 2020er Jahre wurde der Fachkräftemangel und zunehmend sogar ein genereller Arbeitskräftemangel zu einem immer dringenderen Problem. Demografie aber auch die angestrebte persönliche Arbeitszeitverkürzung vieler Menschen stellten nicht nur Unternehmen vor große Herausforderungen, sondern bedrohten zunehmend auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes als Ganzes. Trotz dieser hohen Nachfrage waren andere Gruppen am Arbeitsmarkt weiterhin von Ausgrenzung bedroht. Insbesondere Niedrigqualifizierte, geflüchtete Personen und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen haben von der hohen Nachfrage nur bedingt profitiert. Wichtig war die Erkenntnis, dass sich dieses Spannungsfeld nicht durch punktuelle Einzelmaßnahmen, sondern nur durch einen klugen Maßnahmenmix lösen lässt. Eine starke aktive Arbeitsmarktpolitik gepaart mit einer Reform pensionsrechtlicher Anreize, dem massiven Ausbau der Kinderbetreuung und Verbesserungen im Bildungssystem für Kinder und Erwachsene sowie einer schnelleren und besseren Integration von Neuzugängen und einer klaren Migrationsstrategie trugen maßgeblich dazu bei. Damit ist Österreich heute ein ausgesprochen attraktiver Wirtschafts- und Arbeitsstandort.

Wir arbeiten heute individuell im Schnitt etwas weniger als vor einigen Jahren, leisten dabei aber als Gesellschaft insgesamt ein höheres Arbeitsvolumen. Die Arbeit ist gesünder, viele arbeiten länger und die Arbeit ist insgesamt besser und fairer verteilt. Und die allermeisten arbeiten gerne. Arbeit ist nach wie vor ein wichtiger Teil unseres Lebens, der auch den sozialen Zusammenhalt stark unterstützt.

Ein besonders wichtiger Bereich, der stark mit der Demografie zusammenhängt und für viel Zweifel vor allem unter den Jüngeren gesorgt hat, wurde ebenfalls klug angepackt: das **Pensionssystem**. Das reformierte Pensionssystem sorgt mit viel Transparenz u.a. dafür, dass die Zuversicht gerade der Jüngeren auch in den Genuss einer vernünftigen Pensionsleistung zu kommen, deutlich gestiegen ist. Ein Faktor, der für die gesellschaftliche Stabilisierung wahrscheinlich gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Nicht zuletzt deshalb, weil andererseits gerade diese Jungen auch stärker gefordert werden, ihren Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Am deutlichsten wohl durch den „**verpflichtenden Sozialdienst**“, der für alle Personen unter 25 Jahren mit Staatsbürgerschaft oder einem Aufenthaltstitel gilt. Er ist sowohl durch den Einsatz in der Landesverteidigung als auch bei diversen sozialen und kommunalen Organisationen ableistbar. Dieser verpflichtende Sozialdienst trägt auch dazu bei, dass Menschen unterschiedlichster Gruppen aufeinandertreffen und so der Zusammenhalt in der Gesellschaft gestärkt wird.

Die Altersarmut von Frauen war immer im Blickfeld der Pensionsreformen. Durch eine Reihe von Maßnahmen konnte dieses Problem deutlich entschärft werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Reformen im Pensionssystem ist die höhere Transparenz und Wahlfreiheit für den Einzelnen.

Dieser Grundsatz der Stärkung eines „**selbstbestimmten Lebens in einer solidarischen Gemeinschaft**“ wurde überhaupt zu einem Grundprinzip der Gesellschaftspolitik. Das drückt sich auch massiv in den Maßnahmen aus, die helfen sollen, „**dass sich Leistung lohnt**“. Die Möglichkeit durch eigenen Einsatz persönliche Ziele erreichen zu können, ist für die Stabilität einer Gesellschaft ein hoher Wert. „**Selbstwirksamkeit**“ **stabilisiert**. Ein zentrales Thema in diesem Zusammenhang war und ist die schrittweise steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit.

Eine wichtige Quelle der **Finanzierung** dieser merkbaren Entlastung des Faktors Arbeit ist das mutige Beseitigen von meist schon langen bekannten Ineffizienzen an unterschiedlichen Stellen etwa der Verwaltung oder im Gesundheitssystem.

Ein besonders herausfordernder Bereich war das Thema **Integration und Migration**. Er führte jahrzehntelang zu einer Reihe tatsächlicher und darüber hinaus noch stärker gefühlter Probleme und hat den gesellschaftlichen Zusammenhalt deutlich belastet. Nicht zuletzt auch dadurch, dass die Lösung der Probleme häufig nur im jeweils gerade unbedingt notwendigen Ausmaß angegangen wurde, strukturelle Fehlentwicklungen für politische Agitation instrumentalisiert wurden und Österreich in vielen Fragen weit entfernt davon war, „an einem Strang zu ziehen“. Das hat sich nunmehr deutlich geändert.

Ein wichtiger Punkt dabei: Österreich hat eine Migrationsstrategie. Wir haben einen Plan, welche Migration wir aktiv wollen und wie wir das nachhaltig angehen. Wir haben aber auch ein planvolles Vorgehen, wie wir mit Menschen umgehen, die Schutz in Österreich suchen und denen wir diesen Schutz auf Basis des Völkerrechts gewähren. Legale, geordnete Zugangsmöglichkeiten für diese Menschen sind dabei ein wichtiges Element. Dadurch kamen über die Jahre immer weniger Menschen auf irregulärem Weg nach Österreich, was Grenzkontrolle und Polizeiarbeit entlastet hat.

Entscheidend ist auch, dass Menschen mit Aufenthaltstitel oder hoher Bleibewahrscheinlichkeit in einer **deutlich höheren Intensität in ihrer Integration unterstützt** werden, und zwar vom ersten Tag an. Ziel ist die möglichst rasche Integration in den Arbeitsmarkt. Qualifizierungen, die Erleichterung der Anerkennung beruflicher Qualifikation bzw. die Weiterqualifizierung, um

diese Anerkennung rasch zu erreichen, sind heute gut organisiert und niederschwellig zugänglich. Menschen, die diese Voraussetzungen noch nicht oder kaum mitbringen, werden in einem verpflichtenden intensiven „Integrationsjahr“ die entsprechenden Grundlagen vermittelt – immer auch in Verbindung mit praktischer Tätigkeit und der damit verbundenen sozialen Eingliederung. Für Jugendliche und junge Erwachsene gibt es „Colleges“, die im Umfang einer Vollzeittätigkeit bis zu einem Jahr lang die Grundlagen für gelingende Integration schaffen. Viele junge Menschen leisten direkt nach dem „Jugendcollege“ ihren „Sozialdienst“ ab, was die Integrationswirkung gerade in dieser Gruppe nochmal deutlich verstärkt. In Österreich geborene Kinder werden, im Fall einer gesetzlich festgehaltenen Mindestaufenthaltsdauer ihrer Eltern, durch ein bedingtes *ius soli* sofort zu österreichischen Staatsbürgerinnen und fühlen sich dadurch dem Land und seinen Werten zugehörig. Die demokratische Lücke beim Wahlrecht beginnt sich zu schließen.

Als maßgeblichen Erfolgsfaktor bei der Integration von zugezogenen Jugendlichen und Kindern aus Nicht-EU-Drittstaaten haben sich deren Mütter erwiesen, welche als *agents of change* für eine gelungene Integration fungieren.

Die österreichische Gesellschaft ist dabei, **solidarischer, aber auch durchlässiger** zu werden. Menschen, die nicht oder nur eingeschränkt in der Lage sind ein selbstbestimmtes Leben zu führen, können sich auf die Unterstützung der Gemeinschaft verlassen. Das Ziel, dass niemand in Österreich dauerhaft in manifester Armut leben soll, haben wir weitgehend erreicht. Genauso wissen aber jene, die sich engagieren, die sich einsetzen und etwas leisten, dass sich ihr Einsatz lohnt. **Österreich ist wieder stärker ein Land der Chancen geworden.** Das Erwerben persönlicher Freiräume, ob sie sich in Lebensstil oder Besitz oder sonst wie ausdrücken, ist möglich und legitim. **In dieser Balance entsteht die neue**

Stabilität unseres Landes. Gläserne Plafonds, die einst den Aufstieg und die Selbstverwirklichung behinderten, kennt man nur noch aus Erzählungen.

Maßnahmen

Die Maßnahmen beschreiben, was wir jetzt konkret tun müssen, um einen guten Weg auf das Zielbild hin einzuschlagen...

Dringende Maßnahmen für die nächsten 12 Monate

Was müssen wir tun? Was müssen wir jedenfalls angehen?

Kinder und Familienrecht

A. Kinder:

- **Verpflichtendes 2. Kindergartenjahr.**
- Rechtsanspruch auf ganztägig und ganzjährig qualitativ ausgebaut (höhere und einheitliche Mindeststandards österreichweit) und inklusives **Kinderbetreuungssystem ab dem 1. Lebensjahr.**
- 5-Jahres Plan zum Auf- und Ausbau der notwendigen Personalressourcen (Verbesserungen im Bereich der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen, Ausbildungsinitiative etc.)
- Ausbau eines echten **verschränkten und inklusiven Ganztages-Schulkonzeptes.**
- Rechtsanspruch auf das 11. und 12. Schuljahr und auf einen späteren Schuleintritt für Kinder mit Beeinträchtigungen.
- Eltern-Kind-Pass stärken; verpflichtende Untersuchungen alle 6 Monate.
- Ausbau der Einrichtungen für **Kinder mit mentalen oder kognitiven Beeinträchtigungen**, Problemen oder Erkrankungen. Flächendeckender Ausbau von psychotherapeutischen Angeboten auf Krankenschein für Kinder und Jugendliche.
- Kostenlose Präventionsangebote zur körperlichen und psychischen Gesundheit für Kinder und Jugendliche

B. Kinderbetreuung:

- Einkommensabhängiges **Kindergeld** (wie bisher max. 80 % des Einkommens mit Obergrenze und zusätzlich mit Mindesthöhe). Pro Elternteil sind max. 12 Monate möglich (bei alleiniger Obsorge max. 24 Monate).
- Erweiterung der Elternteilzeit durch spezifische finanzielle Förderung eines Modells, in dem beide Elternteile ihre Arbeitszeit zur Kinderbetreuung gleichzeitig reduzieren

(z.B. auf 30 Stunden).

C. Familien- und Kindschaftsrecht

- Modernisierung des Familien- und Kindschaftsrecht im Hinblick auf die Realität häufiger Trennungen und vielfältiger Familienmodelle. Beschleunigung der Verfahren und Entscheidungen sowie des Durchsetzens von Beschlüssen.
- Erarbeiten von Voraussetzungen sowie gesetzliche Verankerung von „Nach-Trennungs-Modellen“ zur Förderung der gleichteiligen elterlichen Verantwortung.
- Abschaffung des Verschuldensprinzips bei Scheidungen und Unterhaltssicherung für Kinder ab Trennung/Scheidung (wenn kein Kinder-Unterhaltsvorschuss möglich ist oder der Kinder-Unterhaltsanspruch unter dem Richtsatz liegt).

Pflege und Sozialbetreuung

- Sicherung der Finanzierung und Abbau von Doppelgleisigkeiten durch Auf- und Ausbau des Pflegefonds und damit **Etablierung einheitlicher Finanzierungs-, Versorgungs- und Qualitätsstandards.**
- **5 Jahres-Plan** für eine deutliche Verbesserung der Entlohnung und der **Arbeitsbedingungen** in der Pflege durch z.B.
 - Anhebung der öffentlichen Kostenersätze/Förderungen mit der Bedingung Gehälter zu erhöhen.
 - die Einführung von österreichweiten Standards für Personalschlüssel und österreichweiten Standardtarifen/Normkosten.
 - eine massive Ausbildungsinitiative mit konkret vereinbarten Zielwerten.
 - die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle – Erweiterung der Wahlmöglichkeiten bei Wochenarbeitszeit, Dienstplan etc..

- die Kostenübernahme von Praktikumsbegleitung und verpflichtender Fortbildung und allen Ausbildungskosten auch für Lehrende.
- die Einführung eines finanzierten Regelstudiums für Lehrende im Bereich Sozialbetreuung und Pflege.
- Evaluierung und ressourcenorientierte Weiterentwicklung des Bundespflegegeldes.
- Etablierung eines bundesweiten Digitalisierungsfonds in der Höhe von 500 Mio. Euro zur Förderung von digitalen Innovationen und Finanzierung von Pilotprojekten. Bundesweiter Rollout von erfolgreichen Pilots.
- Implementierung von Advanced Practice Nurses (APNs) zur Verbesserung der Versorgungsqualität in allen Pflegebereichen (Best Practices: Norwegen/Dänemark/USA/England), Beispiele für erweiterte Befugnisse von APNs: Verabreichung von definierten Medikamentenklassen und Durchführung diagnostischer Tests nach standardisierten Protokollen.
- Erweiterung der Befugnisse für den gehobenen Dienst der Gesundheits- und Krankenpflege, z.B. selbständige Verrechnung der pflegerischen Leistungen mit den Krankenkassen zur Stärkung der Primärversorgungszentren.

Gewaltschutz und -prävention

- Erhöhung und Wertsicherung der finanziellen Mittel für Gewaltschutzeinrichtungen und Gewaltpräventionsprogramme.
- Erstellung und Implementierung eines evidenzbasierten „Nationalen Aktionsplans gegen Gewalt an Frauen“ durch Einbeziehung von Betroffenen und Expertinnen.
- Umsetzung der empfohlenen Handlungsstrategien der „Handreiche des BMJ zum Umgang mit Gewalt im Zusammenhang mit Obsorge und Kontaktrecht“ zum Schutz bei und zur

Prävention vor physischer und psychischer Gewalt gegen Kinder sowie Mütter und Väter.

Geschlechtergerechtigkeit

- Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Sicherstellung von diversen Führungsteams in Organisationen. Entwicklung und Überprüfung branchenspezifischer Fördermaßnahmen oder Quoten durch die Sozialpartner etwa im Rahmen der KV-Verhandlungen.
- Freiwilliges technisches Jahr für Frauen (FTJF): gefördertes Angebot für Frauen, Kontakt und Einstieg in die technische Berufswelt zu finden mit entsprechender sozialer Absicherung.

Wohnen

- Intensivierung des geförderten sozialen Wohnbaues, insbesondere in Regionen mit Arbeitskräftebedarf.

Steuern und Abgaben

- Einsetzen einer Expertinnenkommission zur Reformierung des Steuer-, Abgaben- und Transfersystems mit den Grundrichtungen: Vereinfachung und Reduktion von Ausnahmen; Spürbare Entlastung des Faktors „Arbeit“ (für Bürger und Bürgerinnen und Unternehmen), Verhinderung prohibitiv hoher effektiver Grenzsteuersätze .
- Perspektivisch Senkung der Steuerquote; Leistungsanreize durch strukturelle Senkung der Steuertarife speziell im mittleren Bereich.
- Attackieren von Ineffizienzen im System (z.B. in den Bereichen Gesundheit, Bildung).

Armutsbekämpfung

- Etablierung einer tauglichen Grundsicherung mit Untergrenzen (und nicht Obergrenzen). Die Grundsicherung hat sich nicht nur an Einkommensgrößen, sondern auch an der konkreten Bedürfnislage von Betroffenen zu orientieren.
- Vereinheitlichung der Leistungen für Kinder in allen Systemen (Ausgleichszulage - Mindestsicherung - Pension - Arbeitslosenunterstützung - Arbeitsentgelt).
- Überprüfung und systematischer Abbau von Inaktivitätsfallen in Sozialtransfers bzw. Arbeitslosenversicherung. Ziel muss immer sein, dass sich Mehrleistung auch finanziell auszahlt. Sichtbarmachung des Themas 12(Sozialtransfer) vs. 14(Lohn) Gehälter.
- Teilhabe an der Gesellschaft ist Neuzugewanderten wie Einheimischen zu ermöglichen, aber auch einzufordern. Basis dafür ist die Sicherung von Grundbedürfnissen.

Eine Arbeitsmarktpolitik, die Leistung und soziale Sicherheit fördert

- Ziel ist die Erhöhung der Beschäftigungsquote und eine bessere Verteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit.
- Nach budgetären Möglichkeiten Faktor Arbeit bei Niedrigqualifizierten entlasten, ohne Teilzeit weiter zu fördern. Hier gibt es die meiste Konkurrenz durch Automatisierung und Verlagerung ins Ausland.
- Gezielte Abstimmung der Sozialschutzsysteme zur Senkung der Schnittstellenprobleme und Schließung von „Inaktivitätsfallen“ im System.
- Möglichkeiten schaffen und Anreize setzen um Mehrarbeit bzw. Vollzeit-Tätigkeiten – auch nach Kinderbetreuungszeiten – wieder zu attraktiveren.

- Deutlicher Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik und personellen Kapazitäten im AMS. Nutzen der mit Begleitung durch das WIFO belegten Potenziale der hohen Wirksamkeit und Einsparungspotenziale durch verstärkte persönliche Betreuung von Arbeitssuchenden.
- Förderung von Sozialunternehmen, die soziale oder ökologische Herausforderungen adressieren, durch gezielte finanzielle Unterstützung, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.
- Betriebliche Förderprogramme zur Qualifizierung von Beschäftigten für Digitalisierung und Ökologisierung.
- Anreize für Betriebe verstärken, die ältere Arbeitssuchende auf geeigneten Arbeitsplätzen einstellen und altersgerechte Arbeitsplätze und betriebliche Gesundheitsförderung anbieten.
- Arbeit und Engagement stärker als gesellschaftlichen Grundwert betonen.

Migration

- Erarbeitung einer **gesamthaften, übergeordneten Migrationsstrategie** für Österreich: welche Zuwanderung brauchen und wollen wir? Wie organisieren wir diese? Erarbeitung unter Einbeziehung der Stakeholder aus Bundes- und Landes Verwaltung, Sozialpartner, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und direkt Betroffenen.
- Etablierung von **Ausbildungspartnerschaften in den Herkunftsländern**, für geplante Migration.
- „Welcome Center“ (one stop shop) für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. Prozess kann schon vor der Einreise vollständig abgewickelt werden.
- Erleichterter Zugang zur Staatsbürgerschaft durch Senkung der

Einkommens- und Aufenthaltskriterien; Doppelstaatsbürgerschaften ermöglichen.

- Einführung einer bedingten ius soli-Regelung, die ab einer bestimmten regulären Aufenthaltsdauer eines Elternteils (z.B. mindestens 5 Jahre) hier geborenen Kindern die österreichische Staatsbürgerschaft verleiht.

Integration

Bei hoher Bleibewahrscheinlichkeit **startet Integration unmittelbar nach Ankunft** in Österreich. Deutschkurse und, soweit möglich, sofortige (Teil)-Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt sollen somit bereits während des Asylverfahrens zur Verfügung gestellt werden, wie im Integrationsjahrgesetz für „Gruppen mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit“ vorgesehen. Folgende Maßnahmen sollen die Integration unterstützen:

- Unterstützung des Spracherwerbs in den bundesweiten Deutschkursen durch KI-gestützte Tools (blended learning).
- Ausbau des bundesweiten Angebots an Deutschkursen, um einen möglichst nahtlosen Übergang zwischen unterschiedlichen Deutschlevels (z.B. von A2 zu B1) sicherzustellen; Berücksichtigung der Heterogenität der Zielgruppe „geflüchtete Menschen“ (nach Herkunftsland, Bildungsniveau, Geschlecht, Alter) bei Deutschkursangebot.
- Wiedereinführung der Kompetenzchecks für die Feststellung informeller Fähigkeiten und Fertigkeiten von geflüchteten Menschen und damit einhergehender Aktivierung für den österreichischen Arbeitsmarkt.
- Überführung ukrainischer Vertriebener von der Grundversorgung in die Mindestsicherung, um sozial abzusichern und gleichzeitig die Erwerbsaktivität durch damit einhergehende verpflichtende Meldung beim AMS zu erhöhen.
- Bewusstseinsbildung bei und Ausbau der Unterstützungsangebote für Unternehmen,

die Geflüchtete mit noch geringen Deutsch-niveaus einzustellen bereit sind.

- Für Jugendliche und junge Erwachsene: „Jugendcolleges“ nach Ende der gesetzlichen Schulpflicht, bis 25 Jahre (ca. 30 Wochenstunden, 1 Jahr lang) flächendeckend ausbauen.
- Vereinheitlichung der Höhe der Sozialleistungen für Asylberechtigte (Grundsicherung) und subsidiär Schutzberechtigte im gesamten Bundesgebiet, um Ungleichverteilung von Geflüchteten entgegenzuwirken.
- Ausbau von kulturell-sozialen Mentoring-Programmen durch Anreize für die österreichische Wohnbevölkerung, sich als Buddy für Neueingewanderte zu engagieren (etwa durch Gutscheinsystem, gemeinsame Kino- und Veranstaltungsbesuche, etc.).

Solidarität und Zusammenhalt

- „Sozialdienst“ für alle Staatsbürger und Staatsbürgerinnen und Personen mit Aufenthaltstitel bis 25 Jahre. Dieser Sozialdienst kann im Rahmen der Landesverteidigung (6 Monate und nur Staatsbürger und Staatsbürgerinnen) oder im Rahmen sozialer Dienste (9 Monate) abgeleistet werden.

Noch ein Wort zum Pensionssystem...

Das Pensionssystem ist im Rahmen der „Sozialen Stabilität“ der Gesellschaft eine essentielle Säule. Es ist aber auch sehr sensibel, komplex und ein Brennpunkt unterschiedlicher Interessen und Betroffenheiten. Wir haben bei MEHR GRIPS auch zum Thema „Pension“ Ideen entwickelt und diskutiert, uns dann aber entschlossen vorerst keine Einzelideen oder plakative „Schnellschüsse“ vorzulegen, weil es im Sinne eines „gemeinsamen Lösungsraumes“ mit Sicherheit gesamthafte Lösungen braucht. Wir meinen aber, dass eine seriöse Diskussion über die **Weiterentwicklung des Pensionssystems** – jenseits ideologisch verfestigter Positionen – Sinn macht. Dabei sollten insbesondere auch Lösungen für folgende Fragen entwickelt werden:

- Wie kann man den Übergang in die Pension als Lebensphase so gestalten, dass er Raum für maximale Individualität und Flexibilität gibt?
- Wie kann man das realistische Vertrauen – speziell der jüngeren Generationen – in eine vernünftige, zukunftsichere Altersversorgung stärken?

Soziale Stabilität - Das Team

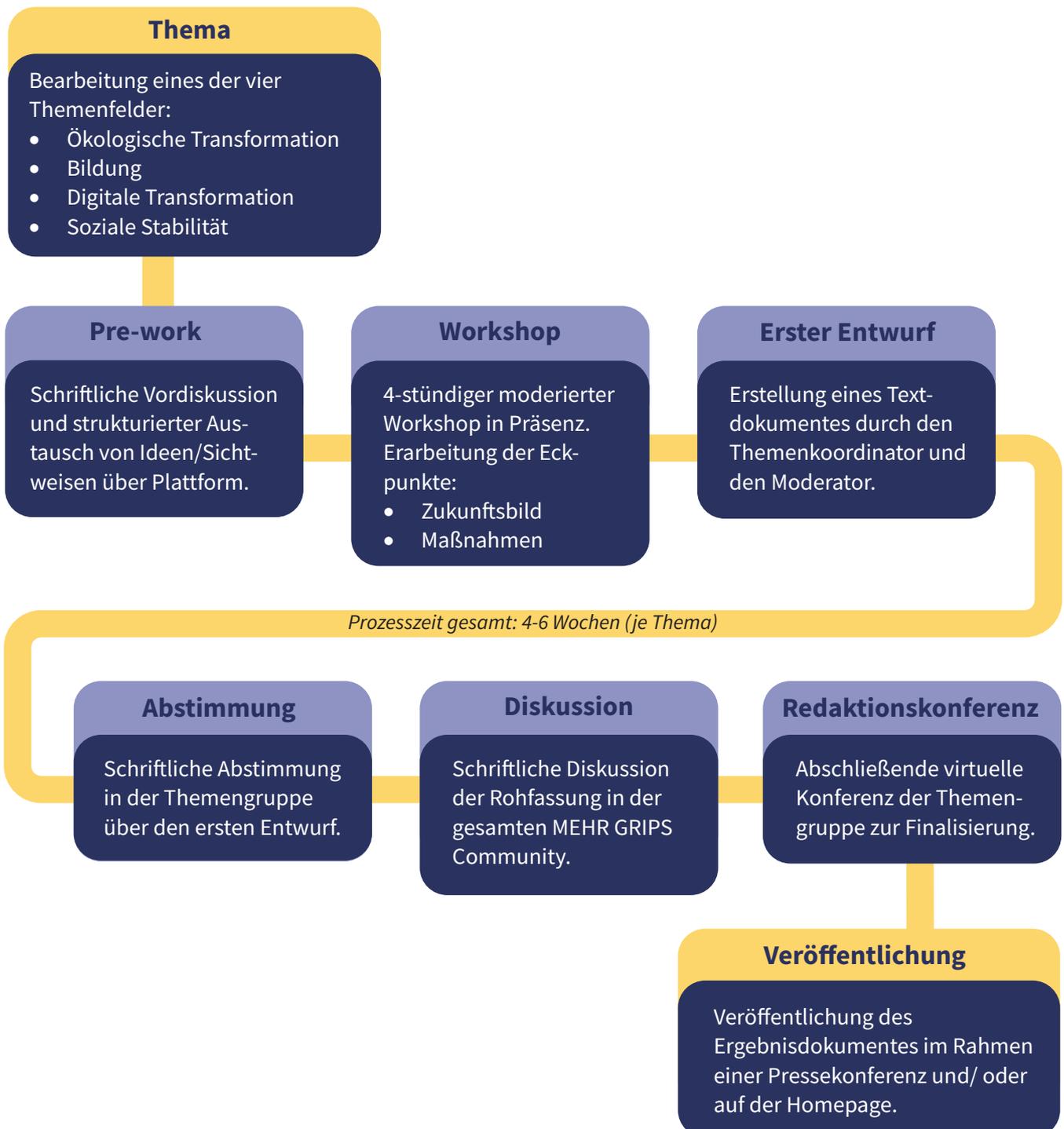
In der Themengruppe **Soziale Stabilität in der Gesellschaft** haben mitgearbeitet:

- Christoph BADEL
- Alexander BODMANN
- Judith KOHLENBERGER
- Johannes KOPF
- Robert SEYFRIEDSBERGER
- Manuela VOLLMANN
- Eva ZEGLOVITS
- Moderation: Kurt GUWAK



Der Prozess im Blick

Vier Themenfelder wurden jeweils von einer Themengruppe erarbeitet, von der gesamten MEHR GRIPS Community diskutiert, finalisiert und dann der Öffentlichkeit präsentiert.



Impressionen



Die Mitglieder

- AMBROS-LECHNER Andreas
- ANGELO Silvia
- ANZENGRUBER Wolfgang
- BADELDT Christoph
- BODMANN Alexander
- DOMANY-FUNTAN Ulrike
- EMBERGER Walter
- ESSL Franz
- FELBERMAYR Gabriel
- GFRERER Beate
- GLÜCK Heidi
- GUWAK Kurt
- HERLITSCHKA Sabine
- KATZMAIR Harald
- KOHLENBERGER Judith
- KOPF Johannes
- KOVAR Andreas
- LANDAU Daniel
- LOCKL Lothar
- NEUMAYER Christoph
- OSZTOVICS Walter
- ROGENHOFER Katharina
- SALCHER Andreas
- SCHLAGER Christa
- SEYFRIEDSBERGER Robert
- SOMMER-FEIN Lisa-Maria
- SOMMER Roland
- STREISSLER-FÜHRER Agnes
- VOLLMANN Manuela
- ZEGLOVITS Eva

Stimmen zu MEHR GRIPS

Österreichische Politik: Bitte mehr Grips anstatt von strategischem Unsinn!
GASTKOMMENTAR. Antonia Gössinger über die Initiative von Expertinnen und Experten und die Ignoranz der Politik.

Die Reformgeister geben nicht auf
„Mehr Grips“ für die Politik fordert eine hochrangige Proponentengruppe. Ziel ist es, ohne Scheuklappen und ohne die üblichen parteipolitischen Polemiken Rezepte für eine bessere Zukunft zu erarbeiten.

Hochkarätige Persönlichkeiten fordern „mutige Konzepte“ von der Politik ein
Zu einer parteiunabhängigen Initiative haben sich zahllose Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben zusammengeschlossen. Details werden am Donnerstag bekannt.

Mehr Grips: Das Denkgremium, das die ÖVP nervös macht
Eine private, parteiferne Initiative aus 30 Expertinnen und Experten will im Wahljahr konstruktive Vorschläge für eine bessere Zukunft Österreichs erarbeiten. Der Ökologe Franz Essl ist einer von ihnen. Er erzählt, was „Mehr Grips“ sein will und warum sich die ÖVP nicht fürchten muss.

Experteninitiative für mehr Zusammenhalt
Auf Österreich warten in den nächsten Jahren große soziale Herausforderungen, von der Kinderbetreuung bis zu den Pensionen. Die Experteninitiative „Mehr Grips“ will Lösungen finden und somit für mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft sorgen.

Haben Sie mehr Grips, Herr Felbermayr?
Österreichisch | 27.04.2024, 19:53

Wo sind die Eltern, die sich vors Lehrerzimmer kleben?
Gastkommentar

Ideen für Österreich unter der Lupe
Eine hochkarätige, überparteiliche Initiative hat die Politik eine Ideenwerkstatt vorgelegt. Die Klebezeitung hat die Vorschläge durchforstet und auf Umsetzbarkeit geprüft.

Experten präsentierten 40 Ideen zur grünen Transformation
Die einzelnen Maßnahmen sollen künftig besser aufeinander abgestimmt werden und eine Koordinierungsstelle im Kanzleramt die Umsetzung steuern.

Mehr Grips
Von Roman Sandgruber, 04. Mai 2024 17:37 Uhr

Initiative "Mehr Grips" will mehr Ganztagschulen und bessere Bezahlung von Elementarpädagogen
Die kürzlich gegründete Gruppe hat Vorschläge zur Verbesserung des Bildungssystems vorgelegt. Das größte Defizit in Österreich sei bisher die mangelnde Umsetzung der guten Ideen.

Das österreichische Bildungssystem gilt als starr und schwer reformierbar. Können Experten und Initiativen aus der Zivilgesellschaft – zuletzt etwa der Expertenrat von "Mehr Grips" – daran nachhaltig etwas ändern?

Neue Initiative für bessere Politik
30 Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Bereichen wollen allen Parteien Ideen mit "mehr Grips" anbieten – als Denkanstoß vor und nach der Wahl

Bildung: Das Pflichtenheft für die nächste Regierung
Der Fiskalrat und Initiativen wie "mehrGRIPS" zeigen schon jetzt auf, was die nächste Koalition leisten muss.

30 Promis wollen mit "mehr Grips" Impulse für Politik liefern

Soll ein verpflichtendes Sozialjahr für alle bis 25, also auch für Frauen, eingeführt werden?
GASTKOMMENTAR. Der Initiative „Mehr Grips“ schwebt die Einführung eines verpflichtenden, neunmonatigen Sozialjahrs für alle, also auch für Frauen, vor.

Initiative "Mehr Grips" will mehr Daten für eine faktengetriebene Politik
Open Data und Digitalisierung könnten helfen, die von Umfragen getriebene Politik zu überwinden. Dafür braucht es deutlich mehr Anstrengungen als bisher

AMS-Chef Kopf über neue Initiative: „Wir wollen nicht kandidieren“
Mehr als 30 hochkarätige Experten aus allen Teilen der Gesellschaft wollen in vier Schlüsselbereichen der Politik konkrete Vorschläge unterbreiten.

Mehr Grips für künftige Regierung: Sozialdienst für alle bis 25 Jahre gefordert
Die Initiative Mehr Grips macht Vorschläge für die nächste Regierung. Gefordert wird etwa ein Sozialdienst bis zum 25. Lebensjahr, der Männer, Frauen und Zugewanderte gleichermaßen trifft.

Mitglieder über MEHR GRIPS



„Für mich war in diesem Prozess besonders interessant, wie rasch wir uns beim (vermeintlichen!) Reizthema „Migration & Integration“ auf Maßnahmen einigen konnten, die alle Gruppenmitglieder sinnvoll, wichtig und umsetzbar fanden. Das zeigt: Wenn man ernsthaft nach Lösungen sucht, statt Probleme für den eigenen politischen Gewinn zu befeuern, kommt man schnell zu einem Ergebnis – und von dort in die Umsetzung.“

Judith KOHLENBERGER



„Warum ich mich bei MEHR GRIPS engagiere: Weil wir in unserem Land mehr Grips haben als wir derzeit zulassen. Das Bildungskonzept, das wir in MEHR GRIPS erarbeitet haben, ist fair und fördert alle.“

Walter EMBERGER



„Ich habe mich bei MEHR GRIPS engagiert, weil ich überzeugt bin, dass gute Kompromisse zum Wohl unseres Landes weiterhin möglich sind, auch bei ideologiebehafteten Fragen, und dass man diesen Umstand einmal ausführlich demonstrieren sollte!“

Gabriel FELBERMAYR



„Die Plattform „MEHR GRIPS“ hat bewiesen, dass es, trotz der sehr unterschiedlichen und diversen Herkunft der involvierten Menschen, gelungen ist, zu wesentlichen Themenbereichen unserer Gesellschaft, gemeinsam Wege und Handlungsansätze für eine gute Politik und eine erfolgreiche Zukunft Österreichs aufzuzeigen. Das war auch meine Motivation daran mitzuarbeiten und einen Beitrag zu einem konstruktiven, wertschätzenden und konsensorientierten Miteinander zu leisten.“

Wolfgang ANZENGRUBER



„Immanuel Kant sagte einmal, dass nichts ohne guten Willen wirklich gelingen kann. GRIPS zeigt, dass durch die Verbindung von Kompetenz und gutem Willen in kürzester Zeit bemerkenswerte Ergebnisse erzielt werden können. GRIPS ist ein Symbol für eine andere produktive, zielorientierte Beziehungskultur, die über die üblichen inhaltlichen Positionen und Fraktionierungen hinausgeht.“

Harald KATZMAIR



„Ich bin der Überzeugung, dass es für die großen Herausforderungen unserer Zeit Politik mit Weitblick braucht. Die Ökologisierung der Wirtschaft und Gesellschaft birgt viele Vorteile - wenn sie ambitioniert umgesetzt wird. Mit MEHR GRIPS zeigen wir, dass über vermeintlich weltanschauliche Grenzen hinweg hier sehr viel möglich ist. Möge es die Politik inspirieren, es uns gleich zu tun!“

Katharina ROGENHOFER



*„Ich engagiere mich bei MEHR GRIPS, weil gesellschaftliche Innovation und ein gutes Leben für alle unverzichtbare Bausteine einer starken und demokratischen Gesellschaft sind. Vielfalt und Diversität sind ein wichtiges Potenzial für Lösungen von komplexen Herausforderungen. In diesem gesellschaftspolitischen Prozess ist es wichtig Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit zu berücksichtigen und die Expertise von zivilgesellschaftlicher Perspektive mit einzubeziehen. Letztlich geht es darum, eine Gesellschaft zu schaffen, in der jede*r das volle Potenzial entfalten kann. MEHR GRIPS finde ich nicht nur klug, sondern begeistert mich.“*

Manuela VOLLMANN



„In Zeiten der Verunsicherung sind Initiativen, die gemeinsame Positionen zu prägenden gesellschaftlichen Themen suchen, von überragender Bedeutung. Besonders, wenn es Personen mit unterschiedlichen Hintergründen und Positionen sind. Das macht MEHR GRIPS besonders. Und daher engagiere ich mich gerne bei MEHR GRIPS.“

Franz ESSL



„Ich bringe mein Fachwissen und meine Erfahrungen in die Initiative MEHR GRIPS ein, da ich großen Handlungsbedarf für ein zukunftsfittes Bildungssystem sehe. Wir haben unser Zielbild und unsere Lösungsansätze in einem sehr intensiven Prozess formuliert, verschriftlicht und breit kommuniziert. Nun liegt es an den Verantwortungsträger:innen, auf die Vorschläge unserer Expert:innengruppe zurückzugreifen, um rasch einen wirklichen Bildungsauf- und umbruch in Österreich zu schaffen.“

Beate GFRERER



„Eigentlich ist MEHR GRIPS ein verrückter Versuch. Vielbeschäftigte Menschen sollen das investieren, was sie am wenigsten haben: Freizeit. Wenn möglich auch noch ein wenig Geld geben und das alles, um etwas fast aussichtslos Scheinendes zu versuchen, nämlich das politische System weiterzuentwickeln. Der einzig sichere Nutzen: das gute Gefühl, es wenigstens ernsthaft versucht zu haben. Das ist es wert.“

Kurt GUWAK

Impressum:

Herausgeberin: MEHR GRIPS - Verein für eine sach- und vernunftorientierte Politik, Reisnerstraße 27/5a,
1030 Wien

Veröffentlichung:
Wien, im September 2024

Redaktion: Kurt Guwak
Texte: Mitglieder der MEHR GRIPS Community
Gestaltung/ Layout: Doris Elgert
Fotos: Creditangaben am Bild, Team Seiten: Doris Elgert
Logo: Agentur Astecker

Anmerkung:

Wir verzichten auf spezifische Gender-Zeichen.
Wir verwenden entweder beide Formen gleichzeitig oder abwechselnd.

Dieses Projekt wurde von der ERSTE Stiftung unterstützt.



MEHR GRIPS Verein für eine sach- und vernunftorientierte Politik
Reisnerstraße 27/5a
1030 Wien
ZVR: 1272860637
office@mehrgrips.at
www.mehrgrips.at



ERSTE
Stiftung

Dieses Projekt wurde von der ERSTE Stiftung unterstützt.